



Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Nummer 56 | WINTER 2019

Antisemitismus und Rechtsterrorismus

- Seite 3:** Vor Gericht I: Straffreiheit für rechte Schläger in Magdeburg
- Seite 5:** Vor Gericht II: Urteil nach massivem rassistischen Angriff in Naumburg
- Seite 7:** Betroffene und Folgen des Attentats in Halle (Saale)
- Seite 11:** Interview mit Gideon Botsch über die Bedeutung des Anschlags in Halle (Saale)
- Seite 14:** Tödlicher Antisemitismus: Das Sprechen über die Opfer von Halle – Gastbeitrag von Esther Dischereit
- Seite 18:** Kontinuitäten: Antisemitismus und Rechtsterrorismus – Gastbeitrag von Heike Kleffner
- Seite 21:** Interview mit drei im Bündnis gegen Rechts Aktiven in Oschersleben
- Seite 24:** Bildungsmaterial: „Den Opfern einen Namen geben“; Buch: Frauen*rechte Frauen*hass

► beraten ◀ ▲ unterstützen ▲ intervenieren ►►

Liebe Freund*innen, liebe Leser*innen,

wenn Sie und Ihr die Zeit zum Lesen für diesen Newsletter finden, liegt das rechtsterroristische Attentat in Halle (Saale) mehr als zweieinhalb Monate zurück. Nur durch glückliche Umstände und das besonnene Handeln der in der Synagoge von Halle zum Jom Kippur Gebet Versammelten konnte ein antisemitisch motiviertes Blutbad verhindert werden. Die 40-jährige Jana L., Anwohnerin im Paulusviertel und der 20-jährige Maler Kevin S., der sich zur Mittagspause im nahen „Kiez Döner“ aufhielt, starben am 9. Oktober 2019. Die in der Synagoge verbarrikadierten Männer, Frauen und Kinder durchlitten Todesangst – so wie auch etliche weitere Menschen, darunter Jens Z. und seine Lebensgefährtin, die von dem Attentäter auf der Flucht in Wiedersdorf (Saalekreis) in ihrem Hof schwer verletzt wurden. Das Team der Mobilien Opferberatung unterstützt und begleitet seitdem viele Menschen, die direkt und indirekt von dem Attentat betroffen waren und sind. Die Zäsur, die der Anschlag im Leben viel zu vieler Menschen bedeutet, steht daher im Mittelpunkt dieses Newsletters.

Das Attentat in Halle und der Mord an Walter Lübcke wenige Monate zuvor haben ein weiteres Mal vor Augen geführt, dass extrem rechte, rassistische und antisemitische Diskurse, Kampagnen und Mobilisierungen eine klare Botschaft an die Betroffenen beinhalten: „Es gibt keine sicheren Orte für Euch!“ und „Ihr gehört nicht dazu!“ Umso notwendiger war und ist umfassende Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus sowie eine breite Solidarisierung, wie sie tausende Menschen weit über Halle hinaus mit verschiedensten Aktionen nach dem Anschlag eindrücklich gezeigt haben.

Denn während der politische und mediale Diskurs längst wieder in eine Normalität zurückgekehrt ist, in der rechte, rassistische und antisemitische Gewalt lediglich als konstantes Hintergrundrauschen und nicht als manifeste und anhaltende Bedrohung für alle wahrgenommen wird, sind die Angehörigen der Getöteten, die Überlebenden und weiteren Betroffenen weiterhin mit den materiellen und immateriellen Tatfolgen konfrontiert: Dem Verlust ihrer Lieben, den körperlichen und seelischen Verletzungen, dem Verlust ihres Sicherheitsempfindens... Für viele von ihnen wird es Zeit und weitere Unterstützung brauchen, bis eine verlässliche Stabilität erreicht ist. Gemeinsam mit Ihnen und Euch wollen wir mit der Hoffnung in das Jahr 2020 starten, dass eine solidarische Gesellschaft der Vielen, zu deren Schutz uns die Schriftstellerin Esther Dischereit in ihrem Gastbeitrag ermutigt, noch sichtbar wird. Und Danke sagen: für Ihre und Eure berührende Solidarität mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. ■

Das Team der Mobilien Opferberatung

Die **informationen** der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen mindestens einmal im Jahr, sind kostenlos und können auch per E-Mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, schreibt bitte an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion: Zissi Sauerermann (V.i.S.d.P.), Heike Kleffner

Gestaltung: Edition Krannich Druck: Druckzuck (Halle/Saale)

Titelmotiv: Solidaritäts- und Gegendemonstration am 13. Oktober 2019

in Halle (Saale) (Foto: Transit Magazin)



getragen von:



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFZA bzw. des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms

und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

VOR RICHTER I:

STRAFFREIHEIT FÜR RECHTE SCHLÄGER IN MAGDEBURG

Mehr als zwei Jahre nach einem rassistischen Gruppenangriff auf zwei Geflüchtete aus Eritrea verurteilte das Jugendschöffengericht Magdeburg im Juni 2019 einen zur Tatzeit 26-jährigen Rechten wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungs- und Geldstrafe. Drei, teilweise aus dem Umfeld von MAGIDA, dem deutlich radikaleren Magdeburger Ableger der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) bekannte Angeklagte im Alter von 18 bis 47 Jahren sprach das Gericht, ebenso wie einen 52-Jährigen in gesonderter Verhandlung im Dezember, aus Mangel an Beweisen frei.

Am Abend des 29. April 2017 hatten sich nach einem 1:1-Spielausgang zwischen dem 1. FC Magdeburg und dem Halleschen FC zahlreiche FCM-Hooligans am Hasselbachplatz versammelt - darunter auch polizeibekanntes Rechte. Als Aroun M. und Tahar K. (Namen geändert) gegen 21 Uhr die Kneipe „Urbar“ betreten, werden sie direkt von Gästen mit Sätzen wie „dies ist kein Raum für Schwarze“ rassistisch beleidigt. Während Aroun M. und Tahar K. daraufhin die Kneipe verlassen, werden sie aus einer davor stehenden Gruppe rassistisch beschimpft und mit Gläsern, Flaschen und Stühlen beworfen. Der heute 25-jährige Aroun M. wird beim Versuch zu flüchten von der Gruppe eingeholt und zu Boden geschlagen.

EINE MUTIGE BARKEEPERIN GREIFT EIN

Eine Zeugin, die in einer benachbarten Kneipe gearbeitet hatte, beschrieb im Juni 2019 vor Gericht, dass sie Lärm gehört und gesehen hatte, wie Stühle auf den Gehweg flogen. Dann habe sie eine Gruppe auf der anderen Straßenseite „auf jemanden eintreten“ sehen und bestürzt festgestellt, dass etwa zehn bis 13 Personen auf einen am Boden liegenden Menschen eintraten. Mutig ging die Barkeeperin dazwischen. Mithilfe von mindestens zwei Passantinnen gelang es ihr, den Angriff auf Aroun M. zu stoppen.

„Sie hat mir das Leben gerettet“, sagt Aroun M. über die Zivilcourage der 22-Jährigen vor Gericht. Die Barkeeperin hatte ihn dann noch taumelnd und am Kopf blutend auf die andere Straßenseite begleitet. Dabei habe sie registriert, so die Zeugin, dass mindestens einer aus der Angreifergruppe Aroun M. erneut attackieren wollte. Wieder habe sie sich dazwischen gestellt – und sei dabei von einem Schlag ins Gesicht getroffen worden. Glücklicherweise, so die Zeugin, sei in diesem Moment der erste von drei Streifenwagen der Polizei eingetroffen. Zwei Beamte bestätigten vor Gericht, dass sie bei der Anfahrt zum Tatort eine am Boden liegende Schwarze Person beobachtet hatten, die von mindestens zwei Personen attackiert worden sei. Einer der Beamten berichtete auch, wie er mehrere Angreifer von dem am Boden liegenden Aroun M. wegdrängen musste.

5. JANUAR HETTSTEDT (MANSFELD-SÜDHARZ)

Gegen 19:30 Uhr rennt ein 36-jähriger Mann plötzlich auf zwei Eritreer zu. Der Unbekannte schlägt die 22- und 25-Jährigen mit der flachen Hand und beleidigt sie dabei rassistisch. Die Polizei ermittelt wegen Beleidigung und Körperverletzung.

6. JANUAR STENDAL

Im Wohngebiet Stadtsee wird eine Gruppe junger Männer – darunter mehrere People of Color – am frühen Morgen plötzlich aus einem Neublock heraus rassistisch beschimpft. Dann wirft der Unbekannte gezielt eine Porzellantasse aus seinem Küchenfenster in der dritten Etage. Ein Betroffener kann gerade noch zur Seite springen, sodass das Geschoss ihn knapp verfehlt. Die Polizei ermittelt in der Folge wegen Beleidigung, Volksverhetzung und versuchter gefährlicher Körperverletzung gegen einen 29-Jährigen.

20. JANUAR ROSSLAU (DESSAU-ROSSLAU)

Als eine 14-Jährige mit „FKK NZS“-Shirt am Nachmittag an einer extrem rechten Spontansammlung am Bahnhof vorbei laufen will, wird sie von mehreren Rechten verfolgt.

Dann springt einer von ihnen die Jugendliche mit ausgestrecktem Bein an. Zudem werden auch Medienvertreter*innen massiv von den 150 Teilnehmer*innen des Aufmarsches beschimpft und bedroht. In Redebeiträgen wird offen zu Gewalt gegen politische Gegner*innen aufgerufen. Mit Verweis auf einen Mangel an Einsatzkräften riet ein Polizist einer Fotografen-Gruppe, sich zu entfernen. Anlass der Demonstration war ein Angriff auf rückreisende Neonazis von einem Aufmarsch in Magdeburg am Abend zuvor mit z.T. Schwerverletzten.

11. FEBRUAR OSCHERSLEBEN (BÖRDE)

Gegen 17 Uhr werden zwei syrische Geflüchtete am Bahnhof von mehreren Unbekannten attackiert. Zuvor war einer der Betroffenen durch eine unbekannte Frau und deren Begleiter rassistisch beleidigt und bedroht worden. Wenige Minuten später fahren plötzlich mehrere Autos am Bahnhof vor. Mindestens acht Männer, einer davon mit einer Metallkette bewaffnet, steigen aus und schlagen und treten derart auf die 20- und 24-Jährigen ein, dass sie zu Boden gehen. Dann flüchtet die Gruppe. Die Betroffenen werden leicht verletzt. Der polizeiliche Staatsschutz kann in der Folge vier Tatverdächtige ermitteln.

Sechs der insgesamt acht vor Ort eingesetzten Polizeibeamt*innen beschrieben die Situation als unübersichtlich und aggressiv. Die Personalien seien von anderen als den zuerst einschreitenden Beamten aufgenommen worden. Diese wiederum konnten sich zwei Jahre später nicht mehr erinnern, mit welchen Tatvorwürfen sie diese aktenkundig gemacht hatten.

„ICH WEISS, DASS ICH HIER NICHT WILLKOMMEN BIN.“

Auch Aroun M. trat vor Gericht als Zeuge auf. Leise beschrieb der 27-Jährige, wie schwer es ihm gefallen sei, den Angeklagten gegenüberzutreten. Am liebsten hätte er den Abend des 29. April 2017 komplett vergessen und Magdeburg verlassen. Nach seinen Verletzungen gefragt benannte Aroun M. eine blutenden Kopfplatzwunde, starke Schmerzen im Rücken und an der rechten Oberkörperseite, die bei Wetterumschwung bis heute immer wiederkehrten. Aroun M. spricht auch über die Todesangst, die untrennbar mit dem Angriff verbunden und für ihn weiter sehr präsent ist: „Ich bin hier nicht willkommen, auch heute nicht. Ich weiß das.“ Auf Nachfragen der fünf Verteidiger musste der 27-Jährige immer wieder alles beschreiben. „Ich bin hier das Opfer“, stellte Aroun M. schließlich klar.

Mehrfach kommentierte eine Gruppe von rund zwanzig Auszubildenden einer Security-Firma, die sich als „Schulklasse“ für den Prozessbesuch angemeldet hatten, mit abwertenden Kommentaren die Aussagen von Aroun M. Dabei machten etliche Security-Azubis keinen Hehl aus ihrer Zugehörigkeit zur extremen Rechten. Einer von ihnen ist bereits erstinstanzlich wegen eines rassistischen Angriffes verurteilt. Nur der großen Gruppe von Unterstützer*innen von Aroun M. ist es zu verdanken, dass sich der Gerichtssaal für ihn trotz dieser Drohkulisse wie ein halbwegs geschützter Raum anfühlte.

MANGELNDE BEWEISSICHERUNG FÜHRT ZU FREISPRÜCHEN

Am Ende der Hauptverhandlung konnte keine*r der Beamt*innen den am Tatort aufgenommenen Anwesenden konkrete Tathandlungen zuordnen. Denn an dem Punkt, an dem die Beamt*innen üblicherweise mit Beweissicherung und Aufklärung des Sachverhaltes hätten beginnen sollen, endete offenbar jede gerichtsfeste Feststellung zu möglichen Tatbeteiligten. Dass überhaupt ein Angeklagter verurteilt wurde, ist einzig der Barkeeperin zu verdanken: Sie hatte den 26-Jährigen, der auch sie verletzt hatte, einige Stunden später auf der Straße wiedererkannt, den Notruf gewählt und war bis zur Personalienfeststellung vor Ort geblieben.

Das Amtsgericht Magdeburg verurteilte den 26-Jährigen nun zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf zwei Jahre Bewährung und 1.000 Euro Geldstrafe. Obwohl der Vorsitzende Richter in seiner mündlichen Urteilsbegründung von einer „ausländerfeindlichen Gesinnung“ sprach, blieb das rassistische Motiv bei der Strafzumessung unberücksichtigt. Der Angeklagte hat Berufung eingelegt. Den drei anderen, teilweise einschlägig vorbestraften Angeklagten, konnte lediglich eine Anwesenheit am Tatort nachgewiesen werden. ■

MUTTER UND SOHN WEGEN MASSIVEM RASSISTISCHEN ANGRIFF IN NAUMBURG VERURTEILT

Zwei Jahre nach einem rassistischen Angriff auf drei junge Männer hat das Amtsgericht Naumburg im Frühjahr 2019 eine inzwischen 52-Jährige und ihren mittlerweile 29-jährigen Sohn zu Bewährungsstrafen mit Arbeitsauflagen verurteilt. Die in der Beweisaufnahme zu Tage getretene rassistische Tatmotivation der beiden Angeklagten wertete es als strafschärfend.

Am 7. Mai 2017 waren zwei 19- und 21-Jährige aus Mali und Burkina Faso sowie ihr ukrainischer Freund beim Sonntagsspaziergang zunächst aus einem Auto heraus rassistisch beleidigt worden. Kurz darauf stieg der Beifahrer aus und beschimpfte die Gruppe weiter rassistisch. Dann raste die Mutter des damals 27-Jährigen unvermittelt mit ihrem Fahrzeug auf die Betroffenen zu und verletzte den 19-Jährigen am Bein. Schließlich schlug ihr Sohn den Betroffenen zunächst mit der Faust und später mit einer Hundeleine, nachdem er seinen Hund aus dem Kofferraum geholt und auf den 19-Jährigen gehetzt hatte. Erst als Passant*innen die Polizei alarmierten, flüchteten die Angreifer mit dem Auto.

GRAVIERENDE FOLGEN DURCH FEHLERHAFTE ANKLAGE

Zwar hatte die Staatsanwaltschaft Halle schon im Dezember 2017 Anklage gegen die zum Tatzeitpunkt 50-Jährige und ihren Sohn wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung erhoben, nicht aber wegen des gezielten Anfahrens mit dem PKW. Auch die entsprechenden Hinweise der Nebenklagevertreter*innen wurden von der Anklagebehörde und später auch vom Amtsgericht Naumburg ignoriert, die Anklage zugelassen und zwei Verhandlungstage für August und September 2018 anberaunt.

Zu Prozessbeginn im August 2018 reproduzierte der Angeklagte in seiner Einlassung massiv rassistische Stereotype und behauptete in klassischer Täter-Opfer-Umkehr, die Betroffenen trügen eine Mitschuld an dem Angriff. Demgegenüber beschrieben der 20-jährige Ahmad B. und der 22-jährige Issouf O. (Namen geändert) sowie weiteren Zeug*innen detailliert die Angriffssituation. Erst danach entschied die Staatsanwaltschaft Halle eine Nachtragsanklage gegen die Angeklagte zu erheben. Da beide Verteidiger diese jedoch im laufenden Prozess ablehnten, setzte das Gericht die Hauptverhandlung aus – mit der Konsequenz, dass erneut verhandelt und die gesamte Beweisaufnahme wiederholt werden musste. So waren beide Betroffene im März 2019 – mehr als ein halbes Jahr später – erneut vor Gericht mit ihren Angreifern und der für sie sehr belastenden Situation konfrontiert, das traumatische Geschehen erneut in Erinnerung rufen zu müssen.

27. FEBRUAR SALZWEDEL (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Ein afghanischer Jugendlicher wird am späten Nachmittag in der Unterführung an der Hoyersburger Straße von zwei entgegenkommenden Radfahrern zum Anhalten gezwungen und rassistisch beschimpft. Dann stößt einer der Männer den 15-Jährigen zwei Mal zu Boden, dessen Begleiter betont, er könne auch zuschlagen. Dies lehnt der Angreifer mit den Worten, er „mache das schon“ ab. Die Männer fahren erst weiter, als der Betroffene sein Handy herausholt und ankündigt, die Polizei und seine Freunde zu alarmieren. Der 15-Jährige erstattet Anzeige gegen unbekannt. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

25. MÄRZ BURG (JERICHOWER LAND)

Am Bahnhof wird ein 35-jähriger Mann aus Burkina Faso gegen 17:25 Uhr von einem Unbekannten angegriffen. Bereits im Zug hatte der spätere Täter begonnen, den Betroffenen verbal zu attackieren und rassistisch zu beschimpfen. Beim Aussteigen tritt er ihn dann von hinten aus dem Zug. Es folgen mehrere Schläge mit der Faust und zwei mit einem Schlagstock, die den 35-Jährigen am Kopf und an der Hand treffen. Im Anschluss steigt der Täter bei einer offenbar auf ihn wartenden Frau ins Auto und flüchtet. Der Betroffene kann das Kennzeichen notieren und die Polizei alarmieren, die vor Ort Zeug*innen findet. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

4. APRIL HALLE (SAALE)

Auf dem Rückweg von der Harzmensa ziehen zwei Studenten gegen 14:25 Uhr die Aufmerksamkeit eines stadtbekanntes Rechten auf sich, der in einem entgegen der Fahrtrichtung parkenden Auto sitzt. Der 50-Jährige, der u.a. bei den Kommunalwahlen als AfD-Kandidat im Saalekreis antritt, beleidigt die Studierenden u.a. als „beklopfte Arschlöcher“ und „Stalinisten“. Als die Studenten nachfragen, greift er sie völlig unvermittelt mit Pfefferspray an. Während sich der 28-Jährige schnell wegdreht und den Reizstoff nun auch an Hals und Nacken bekommt, wird sein Freund überwiegend an den Augen und im Gesicht getroffen. Als der bereits sichtbar verletzte 27-Jährige sich hilfesuchend in Richtung eines Cafés bewegt, sprüht ihm der Täter erneut ins Gesicht. Beide Betroffenen müssen mit erheblichen Augen- und Hautreizungen ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die alarmierte Polizei kann den Angreifer noch am Tatort feststellen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

10. APRIL OSCHERSLEBEN (BÖRDE)

Vier Unbekannte dringen kurz nach Mitternacht gewaltsam in die Wohnung eines 22-jährigen Linken ein. Im Schlafzimmer prügeln drei der Männer mit Fäusten auf Kopf und Körper des Betroffenen ein, während der vierte die Wohnung verwüstet. Alarmierte Polizeibeamte

„ER HÄTTE WEITER GEMACHT“

So schilderten beide Nebenkläger, wie sie auf dem belebten Domplatz unterwegs waren, als sie aus einem Auto heraus von einem Unbekannten rassistisch beleidigt werden, dieser plötzlich aussteigt und später seinen Hund auf Ahmad B. hetzt. Zwar gelingt es dem 19-Jährigen Bisse abzuwehren, aber durch das Anspringen des Hundes wird er von dessen Krallen verletzt und seine Kleidung dabei zerrissen. Zudem schlägt der Angreifer mit der metallbesetzten Hundeleine auf den Betroffenen ein. „Ich hatte große Angst“, sagt Ahmad B. Der Angreifer versuchte auch, den zwei Jahre älteren Issouf O. zu schlagen, der sich jedoch wehren konnte und zudem seinen jüngeren Freund zu schützen versuchte. „Der Mann hätte weiter gemacht, wenn ich nicht interveniert hätte“, erinnert sich Issouf O.

Zuvor war die Unbekannte mit ihrem PKW in sehr hoher Geschwindigkeit auf die jungen Männer zugefahren. Eine Zeugin schilderte vor Gericht, dass das Auto erst „im letzten Moment gebremst“ habe. Ahmad B. habe gedacht, „sie will uns umfahren“. So beschrieb er vor Gericht, wie es ihm in letzter Sekunde gelungen sei auszuweichen, sodass er nur leicht von dem Auto erfasst worden sei. Während des gesamten Angriffs seien sein Freund und er massiv rassistisch beleidigt worden, die Mutter habe dabei ihren Sohn noch übertrumpft. Demgegenüber versuchte nun auch die mittlerweile 52-Jährige wie schon zuvor ihr erwachsener Sohn, den Angriff als Notwehrhandlung darzustellen und nutzte ihre Einlassung zu weiteren rassistischen Herabwürdigungen der Betroffenen.

Obwohl Issouf O. glücklicherweise nicht schwerwiegend verletzt wurde, hatte der Angriff auch für ihn massive Auswirkungen. Er lebe seitdem zurückgezogen, meide Menschenmengen und wechsele die Straßenseite, sobald er Leute mit Hunden auf der Straße sehe, berichtete der heute 23-Jährige vor Gericht. Seine Nebenklagevertreterin betonte, beide Betroffenen hätten zudem ihr „Vertrauen in die Öffentlichkeit verloren“ – nicht nur wegen der langen Verfahrensdauer, sondern auch weil zahlreiche umstehende Passant*innen nicht interveniert hatten.

RASSISTISCHE MOTIVATION STRAFSCHÄRFEND

Im April 2019 verurteilte das Amtsgericht Naumburg die vorbestrafte 52-Jährige dann wegen vorsätzlichen Eingriffs in den Straßenverkehr in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung sowie Beleidigung zu einer 19-monatigen und ihren Sohn zu einer 13-monatigen Freiheitsstrafe – jeweils auf drei Jahre Bewährung sowie zu je 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Beide Angeklagten müssen die Prozesskosten tragen. Damit blieb das Gericht im Fall der 52-Jährigen geringfügig und bei ihrem Sohn fünf Monate unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafmaßen.

Durch die Berücksichtigung des Motivs als strafschärfend stellt das Urteil nichtsdestotrotz einen Hoffnungsschimmer für Betroffene von rassistischer Gewalt dar, dass ihre Wahrnehmung von der Justiz nicht in Zweifel gezogen und angemessen gewürdigt wird. Es ist rechtskräftig. ■

„EIN LEBEN VOR DIESEM MITT- WOCH UND EIN LEBEN DANACH“

– Die Betroffenen und die Folgen des Attentats in Halle (Saale)

„Am 9. Oktober sind mehrere unschuldige Menschen Opfer dieser Hass-Ideologie geworden, zwei von ihnen haben ihr Leben verloren... Unsere Gemeinde steht in tiefster Trauer. [...] Wir kennen die Angehörigen der Opfer nicht, möchten jedoch zum Ausdruck bringen, wie sehr es uns schmerzt, was ihren Familien an diesem Tag geschehen ist. Wenn wir in jeglicher Weise helfen können, stehen wir aus tiefstem Herzen jederzeit zur Verfügung. Wir wünschen auch den verletzten Opfern dieses Terroranschlags schnellste Genesung. Und wir wünschen allen, die unmittelbar von diesem bestialischen Attentäter während seines blutigen Irrwegs durch die Straßen Halles und des Saalkreises betroffen waren, eine schnellstmögliche Verarbeitung des Geschehenen“, erklärte die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) zwei Tage nach dem Attentat. Und bedankte sich zugleich „bei den zahlreichen uns bekannten und unbekanntem Menschen aus Halle und anderen Orten in Deutschland, Israel, Europa und der gesamten Welt, die ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben.“¹

Von dem antisemitischen, rassistischen und rechtsterroristischen Anschlag am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur sind die 51 Betenden in der Synagoge, die beiden Getöteten und ihr soziales Umfeld sowie zahlreiche weitere Menschen, die sich an diesem Tag im Paulusviertel und auf dem Fluchtweg des Täters aufhielten, direkt und indirekt betroffen. Letztendlich war es nur glücklichen Umständen geschuldet, dass die Waffen des Täters immer wieder versagten und nicht noch weitere Menschen sterben mussten. Im Folgenden versuchen wir die Ereignisse des 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) zusammenzufassen. Gleichzeitig wollen wir an die Getöteten, die Verletzten und die Überlebenden erinnern und den Perspektiven einiger Betroffener Raum geben.

TATORT SYNAGOGUE

Als kurz nach 12 Uhr die ersten Schüsse fallen, verbarrikadiert der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), Max Privorozki, mit anderen Anwesenden die Eingangstür der Synagoge im Paulusviertel. Als er den Notruf wählt und eine Schießerei meldet, müssen sie Sekunden später auf dem Monitor der Überwachungskamera mit ansehen, wie der vermummte Mann mit einem Maschinengewehr eine Passantin auf offener Straße erschießt. „Wir wussten nicht, ob wir lebend aus der Synagoge rauskommen“, sagte Privorozki am Tag danach der Magdeburger Volksstimme.² Auch Christina F. befand sich unter den 51 Menschen in der Synagoge. Sie musste die Explosionsgeräusche und Schüsse mit anhören, mit denen sich der Attentäter den Zutritt verschaffen wollte. Entsetzt über die lange Zeit des ungewissen Ausharrens, sagte sie der Zeitung

¹ bit.ly/jghalle-anschlag

² Volksstimme, 10.10.19, bit.ly/volksstimme-rechterterror

können noch in Tatortnähe einen Verdächtigen stellen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

10. APRIL

WEISSENFELS (BURGENLANDKREIS)

Gegen 9 Uhr morgens kauft eine Schwarze Frau in einem Rewe-Supermarkt ein, als ein Unbekannter sie völlig unvermittelt massiv rassistisch beleidigt. Auf die Frage der 25-Jährigen, was sein Problem sei, reagiert der Mann mit: „Mach Dich zurück in Deinen Kastanienbaum!“. Er lässt erst von ihr ab, als eine weitere Kundin sich vor die Betroffene stellt und den Mann zum Gehen auffordert. Vor der Kasse trifft die Betroffene erneut auf den Mann und dessen Begleiterin, die die 25-Jährige nun ebenfalls anpöbelt. Während der Mann versucht, sich an der Betroffenen vorbeizudrängeln, spuckt er ihr gezielt ins Gesicht. Darauf intervenieren Kassiererin und Helferin aus der vorherigen Situation. Bevor das Paar geht, zeigt der Mann noch an der Kasse den Hitlergruß. Eine Männergruppe, die in der Nähe des Supermarktes im Café sitzt, beobachtet das Geschehen. Aber niemand greift ein. Als die Betroffene noch vor Ort die Polizei alarmiert, ist der Beamte am 110-Notruf nicht bereit, Kollegen zum Tatort zu schicken. Mittlerweile ermittelt der Staatsschutz wegen Beleidigung und Körperverletzung gegen einen Tatverdächtigen.

DANK UND BITTE UM WEITERE SPENDEN

Wir möchten uns an dieser Stelle für die vielen solidari-schen Reaktionen auf unseren Spendenauf Ruf zu Gunsten der Überlebenden des antisemitischen, rassistischen und rechts-terroristischen Anschlags in Halle (Saale) bedanken. Bis zum 11. Dezember 2019 gingen beim Opferfonds des Vereins Miteinander e.V. unter dem Stichwort „Halle2019.“ 6.545,57 Euro und beim Opferfonds des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und anti-semitischer Gewalt e.V. 2.100 Euro ein.

Mit Hilfe der Spender*innen konnten dadurch bislang zu-mindest einige der materiellen oder immateriellen Folgen des Attentats für Betroffene und Überlebende abgemildert wer-den. So konnten für mehrere Betroffene Erholungsmaßnah-men ermöglicht oder Fahrtkosten übernommen werden, beispielsweise für Besuche von Angehörigen und Freund*innen.

Durch die Übernahme eines Teils der Fixkosten des „Kiez Döner“, zum Beispiel für Miete und Strom, konnte mit Ihrer und Eurer solidarischen Hilfe die Zeit zwischen polizeilicher Sperrung des Tatorts und Einhaltung der Trauerzeit bis zur Wiedereröff-nung überbrückt werden.

Nichtsdestotrotz hatte die 40-tägige Schließung enorme wirtschaftliche Folgen für den Besitzer des Imbiss, da die feh-lenden täglichen Einnahmen damit keineswegs kompensiert werden konnten. Und auch nach der Wiedereröffnung ist Zukunft des Ladens ungewiss. Dabei

Die Welt: „Es hat tatsächlich mehr als 15 Minuten gedauert, bis jemand hier war.“³ Ganze fünf Stunden später, als der Attentäter auf der Bundesstraße 91 schließlich verhaftet wurde, konnten die bis dahin in der Synagoge Eingeschlossenen endlich in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Passantin, deren Ermordung Max Privorozki über die Überwachungs-kamera mit ansehen musste, heißt Jana L. Die 40-Jährige war gerade aus der Straßenbahn ausgestiegen und auf dem Nachhauseweg, als der Attentäter unmittelbar vor ihr einen Sprengsatz zündete. Nachdem Jana L. ihn im Vorbeilaufen verärgert ansprach, wurde sie hinterrücks erschossen. Freundinnen beschreiben Jana L. als freundliche, starke Frau, immer hilfs-bereit, kommunikativ und organisiert.⁴ Die 40-Jährige sang viele Jahre im Frauenchor und war regelmäßiger Gast in verschiedenen Schlager-sendungen. „Dein Platz am roten Teppich – er wird leer bleiben, und du wirst fehlen“⁵, verabschiedete sich die MDR-Moderatorin Mareile Höpp-ner von Jana L., die ihr und anderen MDR-Mitarbeiter*innen ein bekann-tes Gesicht im Publikum zahlreicher Sendungen war. Schlagerstars wie der Trompeter Stefan Mross trauerten öffentlich um „unseren treuesten Fan aus Halle“.⁶ Auch Sängerin Andrea Berg schloss sich an: „Was ges-tern in Halle passiert ist, lässt mich zutiefst bestürzt und unendlich trau-rig zurück.“⁷

TATORT „KIEZ DÖNER“

Etwas 400 Meter von der Synagoge entfernt arbeiteten der 31-jährige Rifat T. und sein älterer Bruder Ismet im Imbiss „Kiez Döner“ in der Lud-wig-Wucherer-Straße. Während der 35-jährige Ismet den Laden für einen Einkauf verlassen hatte, bediente Rifat T. den 20-jährigen Maler Kevin S., der mit einem Kollegen im Imbiss eine Mittagspause machte. Als der Attentäter kurz darauf eine Granate in den Eingangsbereich des Ladens warf und dann mit erhobener Waffe hereinstürmte, konnte sich Rifat T. hinter der Ladentheke verstecken. Drei anderen Gästen gelang die Flucht aus dem Verkaufsraum, aber nicht Kevin S.: „Er hatte ihn angeschossen, dann ist der Täter zum Auto und kam wieder. [...] Dann hat er noch dreimal auf ihn gefeuert und ihn getötet“⁸, beschrieb Rifat T. die schreck-lichen Szenen. Ihm gelang es noch, seinen Bruder telefonisch zu war-nen. „Ich bin zurückgerannt, da habe ich den Mann gesehen“, erzählt der 35-jährige Ismet T.⁹ Im selben Moment fuhren Streifenwagen vor und eröffneten das Feuer auf den Attentäter.

Seine Dankbarkeit, den Bruder nicht verloren zu haben, ist verwoben mit dem Gefühl der Fassungslosigkeit. „Ich verstehe es nicht, was hat derjenige gewonnen? Nichts. Wir sind doch alle nur Menschen, das war

3 Welt, 11.10.19, bit.ly/welt-täter-bei-bundeswehr

4 Mitteldeutsche Zeitung, 18.10.19, vgl. bit.ly/mz-eine-starke-frau

5 ebenda

6 Welt, 11.10.19, bit.ly/welt-täter-bei-bundeswehr

7 ebenda

8 Volksstimme, 10.10.19, bit.ly/volksstimme-dreimal-im-laden

9 ebenda

10 ebenda

einfach eine grausame Tat“.¹⁰ Dann fügt er sehr bestimmt hinzu: „Wir sind hier, wir bleiben hier und machen weiter. Deutschland ist auch mein Land, meine Heimat.“¹¹ Izzet Cagac, der 41-jährige Besitzer des Imbisses, betreibt noch drei weitere Läden in der Stadt. Er pflichtet seinem Mitarbeiter bei und sagt: „Wir haben uns hier wohlgefühlt und wir werden uns hier wieder wohlfühlen.“¹²

Auch Anwohner*innen und Passant*innen, die Augenzeugen des Attentats wurden, sind zutiefst erschüttert. „Das war surreal. Ich habe den Mann in voller Kampfmontur gesehen, wie er wild rumschießt auf der Straße“, beschreibt Florian L. das Geschehen am „Kiez Döner“ und schildert „Todesangst“.¹³ Der 29-Jährige wohnt in einer WG neben dem Laden und beobachtete die Tat vom Fenster aus. Andreas S., hauptberuflich Kameramann, wird von seiner Lebensgefährtin auf Schüsse vor dem Haus aufmerksam gemacht. Er zückte sein Handy und filmte – zwei Minuten lang – bevor er sich aus Angst vom Fenster zurückzog. Doch diese wenigen Minuten beeinflussen ihn zutiefst: „Ich bin krankgeschrieben und kann nicht mehr schlafen.“¹⁴

Nico Schmädicke, der Chef des HFC-Fanclubs „Libertà Crew Chemie Halle“ musste abends dem Vater die Nachricht von Kevin S. Ermordung überbringen. Er erinnert sich gut an den 20-jährigen Merseburger, der seit eineinhalb Jahren auch zu den Auswärtsfahrten mitkam: „Er war ein fröhlicher Mensch, der bei 80 Prozent der HFC-Spiele in der Kurve stand.“¹⁵ Freunde beschreiben Kevin als lebenslustig und erfinderisch, gerade wenn es darum ging, bei Spielen seines innig geliebten Fußballclubs dabei zu sein. Erst Anfang Oktober hatte er bei einer Malerfirma eine Festanstellung in seinem Traumberuf bekommen, worauf er sehr stolz gewesen sei.¹⁶

AUF DER FLUCHT

Doch das Attentat in Halle endet weder an der Synagoge noch am „Kiez Döner“. Auf seiner Flucht fährt der Täter in der Magdeburger Straße auf der Gegenfahrbahn einen 23-Jährigen aus Somalia an, der bei Grün die Straße überquerte. Weil der Betroffene gerade noch zur Seite springen konnte, wird er nur leicht verletzt. In Wiedersdorf, einem Ortsteil von Landsberg, etwa 15 Kilometer von Halle entfernt, trifft Jens Z., Mitarbeiter einer Logistikfirma, direkt vor seinem Wohnhaus auf den Attentäter. Dieser forderte mit der Waffe in der Hand seine Autoschlüssel. Doch der 51-Jährige trug sie nicht bei sich. „Ich hab in die Pistole geschaut und wusste, dass er schießen will.“¹⁷

¹¹ ebenda

¹² Mitteldeutsche Zeitung, 21.10.19, bit.ly/mz-starkes-zeichen

¹³ Volksstimme, 10.10.19, bit.ly/volksstimme-dreimal-im-laden

¹⁴ Volksstimme, 19.10.19, bit.ly/volksstimme-traumabewältigung

¹⁵ MZ, 10.10.19, bit.ly/mz-herz-für-hfc

¹⁶ MZ, 18.10.19, bit.ly/mz-trauer-rot-weiss

¹⁷ MZ, 16.10.19, bit.ly/mz-hatten-glück

hatten Besitzer und Mitarbeiter gehofft, dass der „Kiez Döner“ nach den umfassenden Renovierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen und der achtsamen Einrichtung einer riesigen Gedenkwall langsam wieder auf die Beine kommen würde. Aber nach vielen Besucher*innen am Wochenende der Wiedereröffnung bleibt bislang ein Großteil der Kundschaft aus. Hier braucht es weit mehr als einmalige solidarische Besuche, nämlich verlässliche tägliche und wöchentliche Einnahmen.

Damit die Überlebenden und weiteren Betroffenen des rechtsterroristischen Attentats sich auch in den kommenden Monaten keine Sorgen um weitere materielle Konsequenzen aufgrund des Attentats machen müssen, sich weiter psychisch stabilisieren können oder im Zweifel z.B. nicht selbst die Kosten für anwaltliche Beratung und Vertretung tragen müssen, bitten wir weiterhin um Spenden unter dem Stichwort „Halle2019“.

Opferfonds für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt bei Miteinander e.V.

Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Halle2019
IBAN: DE84 8102 0500 0008 4734 01
BIC: BFSWDE33MAG, Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

Ein unabhängiger Beirat überwacht die ordnungsgemäße Verwendung der Spendengelder. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Sollten die Gesamtspenden über die benötigte Summe hinausgehen, werden sie für die unbürokratische Unterstützung weiterer Betroffener rechter Angriffe zur Verfügung gestellt.

12. APRIL HALLE (SAALE)

Zwei 39- und 43-jährige Syrer werden gegen 17:30 Uhr in der Jacobstraße (Südliche Innenstadt) von einem Unbekannten rassistisch beleidigt, der dem Älteren der Betroffenen auch ins Gesicht spuckt. Als ein Zeuge den Angreifer beruhigen will, versetzt der Mann ihm einen Schlag gegen den Kopf.

Auch gegen die herbeigerufenen Polizist*innen leistet der Tatverdächtige erheblichen Widerstand und beleidigt die Beamten. Gegen ihn wird nun wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstand ermittelt.

Jens Z. versucht in seinen Hof zu flüchten, wird aber von einem Schuss im Nacken getroffen. Als seine Lebensgefährtin ihm zu Hilfe eilt, traf sie ein Schuss in den Rücken. Das Ehepaar überlebt nur, weil der Angreifer keine Munition mehr hatte. Während Jens Z. die Zugänge zum Haus zuschließt, rief Dagmar M. die Polizei. „Ich fühlte mich überhaupt nicht ernst genommen“¹⁸, beschreibt sie die banger Minuten am Telefon. Schließlich wurde die Rechtsanwaltsgehilfin mit dem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht und operiert. Jens Z. war kurz zuvor schon mit einem Hubschrauber abtransportiert worden: „Der Arzt sagte mir, dass die Kugel lebenswichtige Blutbahnen nur um zwei Millimeter verfehlte.“¹⁹

Was nach dieser Tat bleibt, ist nicht nur die Erleichterung, knapp überlebt zu haben. Der Schock sitzt tief. „Ich weiß noch nicht einmal, ob ich wieder in unser Hoftor reinkomme – also rein von den Gefühlen her“ sagt Jens Z.²⁰ Dennoch sind die beiden dankbar: „Wir haben viele, die uns unterstützen und aufbauen – unsere Lebensfreude wollen wir uns nicht nehmen lassen [...] Wir haben jetzt ein Leben vor diesem Mittwoch und ein Leben danach“²¹, so Dagmar M. Damit bringt sie auf den Punkt, was viele direkt und indirekt Betroffene des Terrorattentats denken und fühlen.

ANHALTENDE FOLGEN

So unterschiedlich die vielen Menschen sind, die der Attentäter ermorden wollte, so unterschiedlich sind auch ihre Bewältigungsstrategien und -möglichkeiten nach diesem einschneidenden 9. Oktober 2019. Etliche Augenzeug*innen sind traumatisiert zurückgeblieben, andere wurden retraumatisiert oder als Angehörige besonders verletzlicher Gruppen nachhaltig in ihrem Sicherheitsempfinden verletzt. Und auch die teilweise stundenlange Ungewissheit, Angst und Sorge sehr vieler Menschen um ihr eigenes oder das Leben von Angehörigen und Freund*innen hat Spuren hinterlassen.

Für einige kehrt - mehr als zwei Monate nach dem Attentat - langsam wieder ein Stück Normalität zurück, viele andere werden noch länger unter den physischen und psychischen Folgen leiden. Auch der Schmerz über den Tod von Jana L. und Kevin S., über den mörderischen Antisemitismus und Rassismus, mit dem die Betenden in der Synagoge und die Menschen im „Kiez Döner“ ausgelöscht werden sollten, wird bleiben. ■

18 ebenda

19 ebenda

20 ebenda

21 ebenda

18. APRIL NAUMBURG (BURGENLANDKREIS)

Am späteren Freitagnachmittag sitzen mehrere Menschen, darunter ein 15-jähriger Schüler, auf einer Bank am Jakobsring. Plötzlich kommen zwei Unbekannte hinzu, einer von ihnen ruft „Sieg Heil!“.

Als der Schüler den Mann deshalb zur Rede stellt, wird er von beiden Männern attackiert und u.a. mit der Hand ins Gesicht geschlagen.

Dann entfernen sich die Angreifer. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

20. APRIL HALLE (SAALE)

Eine 43-Jährige wird kurz vor Mitternacht in der Paul-Suhr-Straße (Südstadt) von einem

„DIE JUDEN IN DEUTSCHLAND SIND EINE IN HOHEM MASSE SCHUTZBEDÜRFTIGE GRUPPE“

Dr. Gideon Botsch leitet die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des Moses Mendelssohn Zentrums in Potsdam und lehrt Politikwissenschaften. Im Interview mit der Mobilen Opferberatung spricht der Rechtsterrorismus-Experte über die Bedeutung des Anschlags vom 9. Oktober 2019.

Welche Auswirkungen hat das Attentat auf die Synagoge in Halle auf Jüdinnen und Juden in Deutschland?

Die Bilder von Beterinnen und Betern, die minutenlang schutzlos in einer Synagoge eingeschlossen sind, während ein Mörder eindringen will, wecken furchtbare Erinnerungen. Es bleibt erneut das Gefühl, allein gelassen und auf sich selbst gestellt zu sein. Die Tat hat sehr deutlich gemacht, dass der mörderische rechtsextreme Antisemitismus, der Vernichtungsantisemitismus in der Tradition des Nationalsozialismus in Deutschland weiter existiert. Andere Bedrohungen wie israelbezogene Ausschreitungen oder Übergriffe durch muslimisch geprägte junge Männer kommen dazu.

Welche Bedeutung hat es für Jüdinnen und Juden, dass das Attentat an Yom Kippur verübt wurde?

Es gibt eine lange Tradition, antijüdische Anschläge und Übergriffe an hohen jüdischen Feiertagen auszuüben. 1941 verkündete die Gestapo den Beginn der Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager bewusst zu den Hohen Feiertagen. Auch das Datum für den Angriff arabischer Staaten auf Israel zu Yom Kippur im Jahr 1973 wurde sicher nicht nur aus taktischen Erwägungen gewählt. Ich habe mich noch am Tag vor dem Attentat gefragt, wo in der Welt Judenfeinde diesmal zuschlagen werden. Dass es nur eine Autostunde von Potsdam entfernt sein würde, war ein ziemlicher Schock.

Offenbar wird der Generalbundesanwalt das Attentat auf die Beterinnen und Beter in der Synagoge als versuchten Mord werten. Welche Bedeutung hat diese Entscheidung?

Die Mordabsicht ist in meinen Augen evident, sie ergibt sich aus der schriftlich publizierten Absichtserklärung ebenso wie aus den konkreten Handlungen an der Synagoge. Es wäre ein Skandal gewesen, wenn dies unter den Tisch gefallen wäre. Die antisemitische Komponente der Tat ist, ebenso wie die rechtsextreme, ja insbesondere aus den einschlägigen Kreisen der extremen Rechten heraus bestritten worden, nicht zuletzt aus den Reihen der AfD. Es ist dringend nötig, dass die Tatmotive in der Hauptverhandlung erörtert und die Ergebnisse auch im Urteil dokumentiert werden. Die Öffentlichkeit muss begreifen, welche mörderische Energie dieser Vernichtungsantisemitismus entfaltet.

Unbekannten rassistisch beleidigt. Als die Betroffene darauf nicht reagiert, schlägt der Täter die 43-Jährige ins Gesicht und flüchtet. Die Betroffene muss mit leichten Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei ermittelt.

24. APRIL SALZWEDEL (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Vor einem Supermarkt in der Uelzener Straße wird ein Schwarzer Geflüchteter gegen 18 Uhr von zwei Unbekannten rassistisch beleidigt. Als sein weißer Begleiter verbal interveniert, versetzt ihm einer der Männer einen Kopfstoß. Danach entfernen sich die Angreifer. Der 38-jährige erleidet u.a. eine Verletzung am Nasenbein sowie einen Abbruch eines Schneidezahns. Die Polizei sucht nach Zeug*innen.

3. MAI HALLE (SAALE)

Gegen 22:30 Uhr wird ein 21-jähriger Syrer aus einer fünf- bis sechsköpfigen Gruppe junger Männer rassistisch beleidigt. Als er etwas entgegnet, wird er von einem der Unbekannten geschlagen. Ein 47-jähriger Syrer, der dem Betroffenen zu Hilfe eilt und verbal interveniert wird so weggeschubst, dass er sich am Fuß verletzt und ambulant behandelt werden muss. Als alarmierte Polizeibeamte vor Ort eintreffen, ist die Gruppe bereits weg. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

25. MAI HALLE (SAALE)

In der Nacht zum Samstag werden mehrere Wahlkämpfer*innen an einem Wahlkampfstand der Partei DIE LINKE am Moritzburgring zwei Mal kurz hintereinander angegriffen. Nachdem mehrere Unbekannte kurz nach Mitternacht zunächst erfolglos versuchten, eine Parteifahne zu entwenden, rufen sie "Halle bleibt deutsch" und "Scheiß Zecken". Dann bedrängt eine Gruppe von bis zu zehn Angreifern die Wahlkämpfer*innen und attackiert sie schließlich auch körperlich. Polizeibeamte, die mit einem Streifenwagen vor Ort sind, greifen nicht ein und nehmen trotz Aufforderung der Betroffenen auch keine Personalien der noch anwesenden Täter auf. Stattdessen kontrollierten sie die Standgenehmigung. Nur wenige Minuten später kommt ein – dieses Mal mit rot-weißer Sturmhaube verummter – Angreifer erneut zum Wahlkampfstand und stiehlt die Parteifahne. Dann stürmen bis zu zehn Personen aus einer Seitenstraße auf die Wahlkämpfer*innen los, schlagen und treten auf sie ein, werfen eine Bierbank nach ihnen und schlagen damit auf einen Betroffenen ein. Mehrere Personen werden verletzt, ein Betroffener muss vom Notarzt ins Krankenhaus gefahren werden.

26. MAI HALLE (SAALE)

Kurz vor 4 Uhr nachts wird ein 36-Jähriger an einer Tankstelle an der Magistrale von einem AfD-Anhänger angegriffen und

Welche politische Botschaft ist darin zu sehen, dass der Attentäter auch den jüdischen Friedhof neben der Synagoge angegriffen hat?

In den Angriffen auf Friedhöfe kommt der Vernichtungswille besonders deutlich zum Ausdruck. Da lebende Juden nicht so leicht greifbar sind, vergreift man sich an den Toten und macht zudem deutlich, dass man auch noch die Erinnerung an sie auslöschen will. Das ist nicht einfach Sachbeschädigung. Zumal Friedhöfe im Judentum Orte von besonderer Bedeutung sind und das Andenken an die Toten einen hohen Stellenwert hat.

In vielen öffentlichen und politischen Reaktionen wurde das Attentat als neue Qualität von Rechtsterrorismus bezeichnet. Ist das zutreffend?

Der Anschlag steht einerseits in einer Kontinuität antisemitischen Terrors. Hier zeigen sich aber auch neue Elemente. Unmittelbar einen solchen Massenmord an Jüdinnen und Juden zu planen und nur durch glückliche Fügung/Umstände nicht zur Ausführung zu bringen, ist in Nachkriegsdeutschland durchaus neu. Wir wissen noch nicht, ob der Attentäter komplett eigenständig geplant und gehandelt hat. Wenn dies der Fall sein sollte, ist der Modus der Tatauübung durch einen Einzelnen bei gleichzeitiger internationaler Bezugnahme auf Vorgängertaten und dem Aufruf zur Nachahmung, - das alles in Echtzeit, in Englisch und über das Internet übertragen - neu.

Sehen Sie Zusammenhänge zwischen dem offenen Antisemitismus im Alltag und der extrem rechten Mobilisierung seit 2015?

Nicht erst seit 2015, sondern seit mehr als zehn Jahren gibt es eine Flut von Publikationen, die nicht offen neonazistisch sind, bei denen aber internationale Flucht- und Migrationsprozesse, vermeintliche kulturelle Verfallserscheinungen, Feminismus, „Genderideologie“ und Anderes zu einer Melange verknüpft werden, die ihre antisemitische Konnotation nicht verbergen kann: Denn die „Schuld“ an diesen Prozessen wird „Globalisten“ und „Kulturmarxisten“ unterstellt, die mit einer Kette antisemitisch geprägter Attribute ausgestattet werden. Besonders deutlich wird dies bei neurechten Unternehmen wie dem Antaios Verlag und dem Institut für Staatspolitik aus Schnellroda. Die Täter der jüngeren Großanschläge bedienten sich in der Regel exakt der Terminologie, die in Deutschland durch Antaios und andere verbreitet wurde: Breivik durch Begriffe wie „Globalisten“ und seine „Kreuzzugs“- und „Reconquista“-Rhetorik, Tarrant in Neuseeland durch die Bezugnahme auf die „Identitären“ und den Begriff „Großer Austausch“. Der Täter von Halle teilt einige dieser Schlagworte und bekennt sich darüber hinaus zu einem neuen „Barbarianism“, eine antifeministische Position, die in Deutschland vor allem von Schnellroda aus beworben worden ist. Sicherlich lehnt man in Schnellroda individuelle Terrorakte mindestens aus strategischen Gründen ab. Aber es ist auffällig, dass die Terroristen sich seit Jahren vor allem auf die Stichworte dieser „Neuen Rechten“ beziehen.

Denken Sie dabei auch an die AfD?

Die AfD weist den Zusammenhang empört von sich, hat aber den Antisemitismus durch die Übernahme dieser Propaganda-Motive in die eigene Rhetorik mit bestärkt. Ihre unsäglich Hetze gegen den Zentralrat der Juden macht die jüdische Gemeinschaft zusätzlich schutzlos. Der größere Teil der bayerischen AfD-Landtagsfraktion hat der Schoa-Überlebenden Charlotte Knobloch anlässlich ihrer Rede zum Holocaust-Gedenktag 2019 den Respekt verweigert und tumultartig den Plenarsaal verlassen. Dafür gibt es in der jüngsten deutschen Geschichte nur einen Vorläufer: die Störung des Schoa-Gedenks durch die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag in 2005. Damals war es ein Skandal, in diesem Jahr hat sich kaum noch jemand aufgeregt. Viele Jüdinnen und Juden in Deutschland sind außerordentlich beunruhigt über die AfD und über den Mangel an Abgrenzung ihr gegenüber.

Vor 1933 hatte die Jüdische Gemeinde in Magdeburg rund 2.300, die Gemeinde in Halle rund 1.300 Mitglieder, Halberstadt galt als eines der wichtigsten Zentren der jüdischen Orthodoxie. Die Schoa überlebten nur sehr wenige Juden und Jüdinnen in Sachsen-Anhalt. Die Gemeinde in Halle musste indes Sicherheitsmaßnahmen für die Synagoge – insbesondere für Kauf und Installation von Kameras und entsprechenden Computern – durch Spenden aus den USA finanzieren. Welche politischen Reaktionen wären jetzt Ihrer Ansicht nach notwendig?

Dass heute noch größere jüdische Gottesdienste ohne geeignete Sicherheitskonzepte und polizeilichen Schutz stattfinden, hat mich wirklich überrascht. Der Bund und alle Bundesländer sollten dringend beginnen, die Bedarfe der jüdischen Gemeinden und anderer Einrichtungen abzufragen – gemeinsam mit RIAS Berlin haben wir das für Brandenburg gerade durchgeführt. Anschließend sollten in enger Abstimmung mit den Betroffenen auch die Schutzmaßnahmen durchgesprochen und die Gemeinden gegebenenfalls – auch finanziell - dazu ertüchtigt werden. Denn es handelt sich ja nicht um privaten Einbruchschutz, sondern um eine öffentliche Angelegenheit. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland wird von vielen Menschen als reich, mächtig und einflussreich wahrgenommen. Das ist nicht richtig: sie hat sich von den Verheerungen des 20. Jahrhunderts nie erholen können. Die Mittel der meisten Gemeinden und vieler ihrer Mitglieder sind knapp. Das gilt zumal für die ostdeutschen Bundesländer, wo jüdisches Leben erst langsam wieder entsteht. Halle sollte deutlich gemacht haben: Die Juden in Deutschland sind eine angegriffene, schwache und in hohem Maße schutzbedürftige Gruppe.

Vielen Dank für das Gespräch!

erheblich verletzt. Während einer spontanen Unterhaltung wird dem 36-Jährigen die positive Bezugnahme seines Gegenübers auf die AfD zu viel, was er ihm schließlich auch verbal signalisiert. Daraufhin geht der Mann sofort auf ihn los und bringt ihn zu Boden. Als der Betroffene ihn festzuhalten versucht, verbeißt sich der Rechte in seinen Daumen und tritt ihm schließlich mehrfach gezielt gegen den Kopf. Währenddessen verliert der Betroffene kurzzeitig das Bewusstsein. Als er seinen Kopf mit den Händen schützen kann, folgen weitere Tritte gegen den Oberkörper. Erst als Polizeibeamt*innen vor Ort eintreffen, lässt der Angreifer von dem Betroffenen ab. Der 36-Jährige muss u.a. mit blutender Platzwunde an der Stirn im Krankenhaus behandelt und in der Folge am rechten Daumen operiert werden, der sich nach dem Biss entzündet hatte. Später wird bei dem Betroffenen noch eine Nasenbeinfraktur diagnostiziert.

1. JUNI GENTHIN (JERICHOWER LAND)

Ein VW-Transporter stoppt gegen 2:30 Uhr nachts unvermittelt neben zwei 19- und 22-jährigen Syrern, die die Keplerstraße entlang laufen. Drei Unbekannte steigen aus und greifen die beiden Syrer unvermittelt an. Die Betroffenen werden mit Fäusten gegen den Kopf geschlagen und mit einem Messer bedroht. Schließlich gelingt ihnen die Flucht in die naheliegenden Wohnblöcke. Als die Polizei vor Ort eintrifft, sind die Täter bereits verschwunden.

TÖDLICHER ANTISEMITISMUS: DAS SPRECHEN ÜBER DIE OPFER VON HALLE

Ein Gastbeitrag von Esther Dischereit

The Door

The wooden door was very heavy and the murders ammunition couldn't bust it open. In 2015 the Jewish community of Halle called on the Jewish Agency in Jerusalem for help to improve their security situation. The Jewish agency handed over to the community 13,000 \$ out of a donation by the American Leona M. Helmsley, who had given her property for charity after she died in 2007. Mrs. Helmsleys executor Sandor Frankel had been in contact with the community in Halle after the attack. He wanted to let them know that he is there. That the foundation in New York are actually real people. Sandor Frankel said: „I wished that such a crime wouldn't ever again be possible anywhere in the world.“ After hours of being threatened Sabrina, Noëmi, Jeremy and the other 48 people who had been together for Yom Kippur, could walk through this door and were alive.

ED

„Mit großer Überzeugung und aus vollem Herzen (...) Ja. Wir wollen die jüdische Gemeinschaft in unserem Land“, hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Tag nach dem Anschlag, am 10. Oktober 2019 auf einer Veranstaltung des jüdischen Studienwerks ELES zu dessen zehnjährigem Bestehen ausgerufen. Weiter sagte Steinmeier: „Wir verurteilen Angriffe auf jüdische Bürger. Und wir begreifen den Antisemitismus als Angriff auf uns alle, auf unsere liberale Ordnung, auf unser Zusammenleben in einer Gesellschaft, die stolz ist auf ihre Vielfalt, die sich bewusst entschieden hat, nicht im Gleichschritt zu marschieren.“ Ich muss zugeben, dass ich nicht undankbar darüber bin, dass hier nicht mehr von jüdischen „Mit“-Bürgern die Rede ist und über die Bestimmtheit, mit der ein antisemitischer Mordversuch als antisemitisch bezeichnet wird.

Es bleibt eine Tatsache, dass die Bedrohung durch extrem rechte und antisemitische Gewalt weder erst jetzt offenbar geworden ist noch, dass sie andere Bürger*innen leider nicht auch betreffe. Sinti und Roma sind einer Kontinuität von Bedrohung ausgesetzt, die es auch für diese Minderheit nötig macht, eine besondere Schutzmauer zum Eingang ihres Zentrums in Baden-Württemberg zu errichten. Vier Tage nach dem Attentat von Halle erhielt der Vorsitzende des Verbands, Daniel Strauß, eine Anschlagdrohung auf seinem privaten Handy. „Nach Halle ist jetzt euer Kulturhaus dran. Bis bald.“ Auch diese Minderheit ist in Deutschland, Österreich und Osteuropa zu Hunderttausenden dem Rassenwahn der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen.

ANTISEMITISCHER TERROR ALS ALLTAGSERFAHRUNG

Es bleibt auch eine Tatsache, dass weitere Ermittlungen im Zusammenhang mit der knapp 10.000 Adressen umfassenden Feindes- und Anschlagzielliste des NSU-Netzwerks, die auf einem der Computer in der Wohnung des NSU-Kerntrios in Zwickau aufgefunden worden war, nicht erfolgt sind. Darin sind 233 Ziele mit Bezug zu jüdischem Leben verzeichnet und eine weit darüber hinausgehende Anzahl von Zielen mit Bezug zu Einwanderer-Communities und Adressen von Politiker*innen und Parteien.

Antisemitisch motivierte rechtsterroristische Taten im Nachkriegsdeutschland gehörten spätestens seit 1980 mit der Ermordung des Rabbiners und Verlegers Shlomo Lewin in Erlangen und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke zu einer gewalttätigen Alltagserfahrung: ebenso wie Brandanschläge, etwa auf die Erfurter Synagoge am 20. April 2000, das Attentat mit zehn Verletzten im Juli 2000 in Düsseldorf-Wehrhahn und Angriffe an anderen Orten. Fast gebetsmühlenartig

wird nach jeder rechtsterroristischen Gewalttat wiederholt, es handele sich um Einzeltäter. Erst nach und nach wird wahrgenommen, dass es sich um eine Gefährdung durch gewaltbereite neonazistische Netzwerke handelt. Noch im August 2019 zählte das Bundeskriminalamt lediglich 41 Gefährder, obwohl die Behörde die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten mit über 12.000 angegeben hat. Mindestens neun Anklagen gegen NSU-Unterstützer*innen stehen noch aus. Etwa 500 Haftbefehle gegen Rechtsextreme sind ebenfalls nicht vollzogen.

Erst der noch kein halbes Jahr zurückliegende neonazistische Mord an dem christdemokratischen Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübcke, hatte – mit Verzögerung – einen Aufschrei im politischen Establishment zur Folge. Walter Lübcke war der Verpflichtung nachgekommen, sich um Schutz suchende Menschen zu kümmern, die vor Diktatur und Bürgerkrieg geflohen sind. Er hatte offenbar die Gefühle der Rechtsextremen verletzt, als er davon sprach, wer mit solchen Wertevorstellungen nicht übereinstimme, dem sei es unbenommen, Deutschland zu verlassen.

Eine öffentliche Verurteilung des Terrorakts von Halle – auch andere Politiker*innen schlossen sich Frank-Walter Steinmeier an – ist wichtig und hat in dieser Symbolträchtigkeit einen spezifischen historischen Bezug. Sie stellt eine fortdauernde Demonstration dar, dass wir uns nicht in nationalsozialistischer Kontinuität bewegen, sondern in der Demokratie, die mörderischen Antisemitismus ächten will.

Die konsequente Unterschätzung extrem rechter Gewaltbereitschaft konterkariert solche Symboliken jedoch und lässt sie wie bloße Lippenbekenntnisse erscheinen. Überdies entwickelte sich medial und politisch spätestens ab der Zuwanderung von geflüchteten Menschen ein vorherrschendes Bedürfnis, den Antisemitismus jenen „Fremden“ zuzuordnen und ihn damit aus dem mehrheitsdeutschen Gesellschaftsgefüge quasi zu exkorporieren. Dafür gab und gibt es wissenschaftlich keine Belege.

UNVERZICHTBAR: DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN

Ich komme zurück zu jenem Satz des Bundespräsidenten: „Ja. Wir wollen die jüdische Gemeinschaft in unserem Land.“ Die islamische Community in Deutschland hat eine solche Wertschätzung ihrer Existenz in gleicher Weise bis heute nicht erfahren. Eine Aufmerksamkeit für angezündete Moscheen oder bespuckte Kopftuch-Träger*innen lässt auf der politischen Bühne auf sich warten – mit Ausnahme sehr weniger Politiker*innen.

Der Geschäftsführer des vor fünf Jahren gegründeten islamischen Studienwerks Avicenna, Hakan Tosuner sagte auf der gleichen Veranstaltung, auf der sich auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier befand: „Gerade in Anbetracht des tragischen Ereignisses von gestern ist der jüdisch-muslimische Schulterschluss bedeutender denn je. Egal ob Synagogen oder Moscheen angegriffen werden; egal ob Personen

Die Tür

Die hölzerne Tür war sehr schwer und der Mörder konnte sie mit seiner Munition nicht aufsprengen.

Im Jahre 2015 hatte sich die jüdische Gemeinde von Halle an die Jewish Agency in Jerusalem gewandt und um Unterstützung gebeten, um ihre Sicherheit zu verbessern. Die Gemeinde bekam daraufhin eine Zuwendung in Höhe von 13.000 \$ aus dem Fonds der US-Amerikanerin Leona M. Helmsley, die ihr Vermögen nach ihrem Tod im Jahr 2007 an eine Wohltätigkeitsstiftung überführen ließ.

Der Nachlassverwalter Sandor Frankel meldete sich nach dem Attentat aus New York bei der Gemeinde. Es war ihm wichtig zu zeigen, dass er für die Gemeinde da ist und die Stiftung ein Gesicht hat. Sandor Frankel sagte: „Ich wünschte, dass ein solches Verbrechen nie wieder irgendwo in der Welt geschehen könnte.“ Sabrina, Noëmi, Jeremy und die anderen 48 Menschen, die gemeinsam Yom Kippur gefeiert hatten, sie alle konnten nach vielen Stunden durch die Tür hindurchtreten und waren am Leben.

ED

5. JUNI HALLE (SAALE)

Ein Student aus Tadschikistan wird gegen 19:30 Uhr am Uni-platz unvermittelt von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und körperlich attackiert.

Der Angreifer versucht den 24-Jährigen zu schlagen und zu Boden zu drücken und nimmt ihn in den Würgegriff. Jetzt intervenieren mehrere Studierende und können den Angriff beenden. Daraufhin beschimpft der Täter die Umstehenden u.a. rassistisch und homofeindlich und versucht zudem mehrfach Zeug*innen wegzuschubsen, die sich zwischen ihm und dem Betroffenen positioniert hatten. Dieser alarmiert währenddessen die Polizei, die den 40-jährigen Angreifer noch in Tatortnähe stellen kann.

13. JUNI SALZWEDEL

An einem Firmenparkplatz werden drei 16-, 17- und 18-jährige Geflüchtete gegen 23 Uhr aus einer etwa 15-köpfigen Gruppe heraus rassistisch beleidigt. Um sie zur Rede zu stellen, läuft der 16-Jährige auf die Gruppe zu. Daraufhin versetzt ihm einer der Unbekannten einen Faustschlag gegen den Kopf. Als seine beiden Begleiter ihm zu Hilfe eilen, werden sie ebenfalls angegriffen. Dabei wird der 17-Jährige von einer Bierflasche am Rücken getroffen, bevor allen dreien die Flucht gelingt. Als telefonisch alarmierte Polizeibeamte am Tatort eintreffen, sind die Täter verschwunden. Ein herbeigerufener Notarzt stellt leichte Verletzungen bei zwei der Betroffenen fest, eine ambulante Behandlung der ober

mit Kippa oder Kopftuch physisch oder verbal attackiert werden, wir müssen uns miteinander solidarisieren.“

Ich vereinfache den fraglichen Satz des Bundespräsidenten: „Ich bin froh, dass es Sie gibt, dass es Sie hier unter uns gibt.“ Ich stelle mir vor, wie er vor der Community der Sinti und Roma sprechen würde oder zu einer islamischen Gemeinschaft. Ich habe ihn nicht gehört. Er stimmt nicht, klingt unaufrichtig. Eben deswegen, weil offenbar ist, dass ein solcher Satz gegenüber anderen Communities oder Glaubensgemeinschaften nicht in gleicher Weise zu hören ist.

Es ist zutreffend, dass sich im ideologischen modernen NS-Repertoire sowohl antisemitische als auch antimuslimische, rassistische und auch anti-queere und weitere Versatzstücke vom „unwerten“ Leben – insbesondere auch des politischen Gegners – finden. Das Anhalten und Morden am „Kiez-Döner“ in Halle war deutlich mit diesem Label durch den Täter versehen.

Wenn ich den Satz „Ich bin froh...“ auf die türkisch oder muslimisch stämmigen Menschen oder die Community der Sinti und Roma anwenden wollte, sehen wir, dass er als Universalbehauptung gegenüber allen Bürger*innen nicht stimmt. Und ich muss zugeben, dass ich persönlich auch nicht nach solch einem Satz verlange. Es muss überhaupt niemand froh oder nicht froh darüber sein, dass es mich gibt. Ich bin da. Gleichgültig, ob jemand darüber froh ist oder nicht. Steht es staatlichen Repräsentanten zu, mich wie ein Mündel willkommen zu heißen? Legitimiert sich diese Haltung qua Zugehörigkeit zu einer Mehrheit? Also auf diesen Satz kann ich verzichten. Nicht verzichten kann ich dagegen auf das Aufgehoben-Sein als jüdischer Mensch in der Gemeinschaft derer, die sich als Protagonist*innen der Vielen, einer Gesellschaft der Vielen, Unteilbaren oder ähnlichen Initiativen sehen.

WIDER DIE UNSICHTBARKEIT

Bei der Einweihung des Baum-Denkmal für die Ermordeten des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) in Zwickau am 3. November 2019 fanden neben der Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (SPD) auch die weiteren Redner*innen kein Wort zum Anschlag und den Morden in dem zwei Stunden entfernten Halle. Jetzt könnte ich in Anlehnung an die Debatte um das Verhalten staatlicher Behörden im Zusammenhang der unterbliebenen Ermittlungen gegen den NSU den Vorgang als *ein Versehen* bezeichnen. Ist es ein Versehen, dass die Bedrohung der jüdischen Menschen und damit sozusagen der jüdische Mensch „invisible“, also unsichtbar, wurde? Oder ist es eben jene Form von Antisemitismus, die uns in vielen anderen Zusammenhängen ebenfalls begegnet. Nicht willentlich, nein, natürlich nicht.

Die Nebenklagevertreterin für den ermordeten Enver Şimşek, Seda Başay-Yıldız, wurde unter der Signierung „NSU.2“ mit Todesdrohungen überzogen. Im Chat von Polizeibeamten in Frankfurt am Main, die unter Verdacht stehen, ihre Adresse an den „NSU2.0“ weitergege-

ben zu haben, fanden sich Verherrlichungen Adolf Hitlers. Damit beziehen sich die Akteure nicht nur auf rassistische und eliminatorische Versatzstücke der NS-Ideologie, sondern per se auch auf eine antisemitisch konnotierte Todesdrohung. Dem Bezug auf Adolf Hitler wohnt immer schon der Auslöschungsgedanke gegen jüdische Menschen inne, der Millionen Opfer der Shoa. Ein Pegida-Anhänger drückte diesen Zusammenhang einmal so aus, als er davon sprach, *6 Millionen* Muslime seien doch wirklich zuviel. Eine Zahl, mit der die Ermordung der Juden in Europa in der Shoa bezeichnet wird.

WOHIN? WIE WEITER?

Wenn ich die Liste der Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt ansehe, finden sich viele Menschen darunter, die wahrscheinlich keine Bindestrich-Herkünfte haben, sondern deutsch-deutscher Herkunft sind. Opfer einer Willkür, Opfer als Pauperisierte, Opfer als solche, die Nazis widersprachen. Sie alle gehören aufgehoben in der Solidarität derer, die sich für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einsetzen. Es wäre gut, diese Arbeit nicht nur als fortdauernde Bewegung der Abwehr oder Betreuung anzusehen, sondern als Teil einer Bürgerrechtsbewegung. Wohin wollen die Akteure, die Betroffenen und jene, die sich an ihre Seite stellen oder stellen wollen. Die Diskurse um Identität, die Selbst-Organisationen von People of Color, Schwarzer Deutscher, der Sinti und Roma, mit der sicherlich längsten Geschichte einer Bürgerrechtsbewegung der jüngeren Geschichte nach 1945, dies alles sind notwendige Prozesse.

Der rechten und rechtsterroristischen Sammlungsbewegung, die sich parlamentarisch und außerparlamentarisch platziert, kann jedoch nicht mit einer Fortsetzung oder Ausweitung der Debatten um Identitäten begegnet werden. Eine Bürgerrechtsbewegung, die das Recht aller **zu sein** einforderte, kann sich Ideologismen nicht leisten. Sie kann auch auf Akteure unterschiedlicher politischer Orientierung nicht verzichten. Bei Akzeptanz aller Unterschiedlichkeit käme es eben jetzt darauf an, die Gemeinschaft – der Vielen – zu stärken.

Sie kann sich möglicherweise nur in einer gewollten und bewußten Zusammenführung gegenüber einer weißen gesellschaftlichen Dominanz Gehör verschaffen und Positionen der Teilhabe gewinnen. Nichts deutet darauf hin, dass die Bewegung rasche Erfolge haben kann. Nur: Verzichten kann man auf diesem Weg auf niemanden. Black Lives Matter, Turkish Lives Matter, Jewish Lives Matter, Romni Lives Matter ...

Im Grunde geht es doch darum, dass der Bürgersteig allen gehört. Allen, die auf ihm gehen wollen und keine Gruppe kann beschließen, ob jemand da geht oder nicht. Das ist voraussetzungslos und nicht verhandelbar. ■

Esther Dischereit ist Lyrikerin, Essayistin sowie Theater- und Rundfunkautorin. Sie ist eine der wichtigsten literarischen Stimmen der zweiten deutschsprachigen Generation nach der Shoa.

Demnächst: Essays „Mama darf ich das Deutschlandlied singen“, 2020.

flächlichen Verletzungen erfolgt vor Ort. Zudem wird eine Anzeige aufgenommen.

7. JULI SALZWEDEL

Eine kleine Gruppe alternativer und linker Jugendlicher ist zu Fuß in der Stadt unterwegs, als sich ihnen ein stadtbekannter, gewaltbereiter Neonazi nähert. Er beleidigt einen der Jugendlichen, der Dreads trägt, mit „Scheiß Indianer“. Als er die Gruppe weiter anpöbelt, versucht ihm einer der Jugendlichen ein schweres Bierglas mit Henkel aus der Hand zu nehmen, um ihn vorsorglich zu entwaffnen. Der Rechte reißt jedoch seinen Arm weg, sodass das Glas an einer Wand zer-schellt. Dann schlägt er mit der in seiner Hand verbliebenen Scherbe gegen den Kopf einer jungen Linken. Zudem droht er der Gruppe, sie innerhalb der nächsten zwei Tage umzubringen. Schließlich gelingt es den Jugendlichen, den Täter wegzuziehen und sich zu entfernen. Die junge Frau erleidet stark blutende Schnittwunden am Kopf und weitere Verletzungen durch in die Kleidung gefallene Splitter.

12. JULI HALLE (SAALE)

Am Freitagnachmittag werden ein 21-jähriger syrischer Geflüchteter und seine 18-jährige Partnerin in einem Bus von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Nach dem Aussteigen an der Haltestelle Südpark reißt der Mann einen Plastikmülleimer aus der Halterung und wirft ihn nach dem 21-Jährigen, verfehlt ihn aber. Dann

schlägt er den Betroffenen mit der Faust. Dessen Freundin wirft währenddessen eine volle Getränkedose nach dem Angreifer. Nach weiteren verbalen Attacken entfernt sich der Unbekannte schließlich.

21. JULI MAGDEBURG

Gegen 20:30 Uhr wird eine 15-jährige syrische Trans*Jugendliche auf dem Weg nach Hause in Sudenburg unvermittelt von zwei Jugendlichen transfeindlich und sexistisch beleidigt. Zudem äußern die Unbekannten, sie schade dem „Ruf des Islam“. Dann schlagen sie die Jugendlichen gegen den Körper, bis sie zu Boden geht. Auch dann treten die Angreifer noch weiter auf sie ein. Schließlich kann sie sich befreien und fliehen. Als sie mit ihrem Handy die Polizei alarmieren will bemerkt sie, dass es nicht mehr in ihrer Tasche ist. Die Jugendliche erleidet mehrere Hämatome an Arm und Oberkörper. In der Folge erstattet sie Anzeige. Die Schülerin war bereits zuvor mehrfach aufgrund ihres Äußeren beleidigt und auch körperlich attackiert worden.

24. JULI SALZWEDEL

Gegen 22 Uhr wird ein 18-jähriger Geflüchteter aus Afghanistan in der Nähe der Berufsschule völlig unvermittelt aus einer sechsköpfigen Gruppe attackiert. Fünf der Unbekannten traktieren den Jugendlichen mit Kopfnüssen und Faustschlägen gegen Kopf und Oberkörper. Schließlich gelingt es dem Betroffenen zu flüchten. Später alarmiert er mithilfe seiner

KONTINUITÄTEN: ANTISEMITISMUS UND RECHTSTERRORISMUS

Ein Gastbeitrag von Heike Kleffner

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als einem zentralen Leitmotiv neonazistischer Ideologie und daraus folgenden Anschlägen und Gewalttaten gegen jüdisches Leben nimmt viel zu wenig Raum ein: bei Strafverfolgungsbehörden ebenso wie in den Medien und in einer breiteren Öffentlichkeit. Dabei sind mörderische Attentate auf Jüdinnen und Juden, Friedhofsschändungen und Brandanschläge auf Synagogen in West- und Ostdeutschland eine bittere Realität – und keineswegs Einzelfälle. Erst im Mai 2019 hatten bis heute unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Zuhause eines jüdischen Ehepaars in Hemmingen (Niedersachsen) verübt. Auf die Haustür und den Holzzaun des nahegelegenen Schrebergartens der Familie sprühten die Täter in Großbuchstaben das Wort »Jude«.¹

Zuvor hatte der jüngste Angriff auf das jüdische Restaurant „Schalom“ in Chemnitz (Sachsen) für Schlagzeilen gesorgt: Am Rande der rassistischen Hetzjagden nach der Tötung des deutsch-kubanischen Tischlers Daniel H. Ende August 2018 überfielen etwa ein Dutzend Neonazis am Abend des 27. August 2018 auch das koschere Restaurant. Die verummten, in schwarz gekleideten Täter riefen „Hau ab aus Deutschland, du Judensau“, bewarfen das Lokal mit Steinen, Flaschen und einem abgesägten Stahlrohr, zerstörten die Inneneinrichtung sowie Fensterscheiben und verletzten dessen Besitzer durch einen Steinwurf. Bis heute sind die Täter nicht zur Verantwortung gezogen worden. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz hat die Ermittlungen inzwischen eingestellt – wie auch zu den vier Brandanschlägen auf migrantische Restaurants in Chemnitz, die in den Wochen nach dem Angriff auf das „Schalom“ folgten.

FLIESENDE GRENZEN ZWISCHEN ALLTAGSGEWALT UND TERROR

Auch die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt registrierte in den letzten Jahren immer wieder antisemitisch motivierte Gewalttaten: Beispielsweise in den Abendstunden des 14. August 2018, als ein augenscheinlich alkoholisiert Mann vor einem Imbiss am Reileck in Halle (Saale) Parolen wie „Sieg Heil“, und „Ihr seid Juden!“ rief und dann einen 29-jährigen Israeli verletzte. Oder am 30. Oktober 2017 in Zeitz, wo ein aufgrund seiner Kippa als Jude erkennbarer 58-Jähriger Mann in der Innenstadt völlig unvermittelt antisemitisch beleidigt und so mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen wurde, dass er kurzzeitig das Bewusstsein verlor. Für überregionale Aufmerksamkeit sorgte der Angriff auf einen 17-jährigen Israeli im April 2010 in Laucha. Der 20-jährige Rechte hatte den Schüler geschlagen, als „Judenschwein“ beschimpft und dann auf Kopf und Körper des am Boden Liegenden eingetreten.²

Dabei ist zu befürchten, dass die Anzahl nicht bekannt gewordener antisemitischer Angriffe deutlich höher liegen dürfte. Über die genaue Anzahl antisemitisch motivierter Friedhofsschändungen und Anschläge auf Synagogen in Sachsen-Anhalt sowie auf KZ-Gedenkstätten und sichtbare Mahnmale an die Schoa – etwa in Dessau-Roßlau, Halle, Magdeburg, Weißenfels, Gröbzig und Langenstein-Zwieberge – wäre ein genauer Überblick längst überfällig. Denn bereits einige Chroniken aus der DDR-Zeit und Antworten auf parlamentarische Anfragen aus den letzten Jahren machen überdeutlich: Die wenigen Dutzend Juden und Jüdinnen der einstmals mehrere tausend Menschen umfassenden jüdischen Gemeinden, die die Schoa überlebten und nach 1945 entweder nach Sachsen-Anhalt zurückkehrten oder sich dort niederließen waren ebenso wie das Andenken an die Toten, die Friedhöfe und Gebäude der jüdischen Gemeinden, kontinuierlichen Angriffen ausgesetzt.

KONTINUITÄT ANTISEMITISCHER GEWALT

Antisemitismus ist ein zentrales Element der wiederkehrenden extrem rechten Mobilisierungen seit 1990 und war auch in der DDR präsent. Beispielsweise in den antisemitisch motivierten Säuberungswellen in der SED, die u.a. die Schriftstellerin Irina Liebmann in der Biografie „Wäre es schön – Es wäre schön“ (Berlin 2008) ihres zur Archivarbeit nach Merseburg verbannten Vaters Rudolf Herrstadt präzise schildert, einem bekannten jüdischen Antifaschisten, Kommunisten und ehemaligen Chefredakteur des „Neuen Deutschland“. Dazu gehörten auch gezielte Operationen des MfS gegen die winzigen jüdischen Gemeinden, wie etwa in Halle, wo die Archivarin Gudrun Goeske das Archiv der Jüdischen Gemeinde nur knapp vor dem Zugriff des MfS retten konnte.³ Friedhofsschändungen wiederholten sich ebenfalls: So wurden im Januar 1966 und 1969 auf den jüdischen Friedhöfen in Halle und Stendal jeweils mehr als ein Dutzend Grabsteine zerstört. In Bernburg wurden Anfang 1971 erst mehrere Grabsteine und im April 1971 dann alle Fenster der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes zerschlagen, die Tür aufgebrochen und demoliert, die Mauer beschädigt und acht Grabsteine umgestoßen.

Die Kontinuität, mit der die drei zum Landesverband Sachsen-Anhalt gehörenden Synagogengemeinden in Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau mit antisemitisch motivierten Straftaten konfrontiert sind, zeigt sich auch in den Antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen: So registrierten die Polizeibehörden im Jahr 2018 für Sachsen-Anhalt drei antisemitische Friedhofsschändungen sowie jeweils im Januar und August Straftaten gegen die Synagoge in Magdeburg und im Mai 2018 eine Straftat gegen die Synagoge in Halle.⁴

Einige weitere Beispiele aus dem letzten Jahrzehnt machen die Bandbreite der antisemitisch motivierten Taten in Sachsen-Anhalt deutlich: Am 14. November 2015 sprengten Unbekannte den Briefkasten der KZ Gedenkstätte in Wernigerode. Ende Oktober 2015 wurden etwa 15 Gräber auf dem Jüdischen Friedhof in Köthen geschändet. Am 4. Oktober 2010 warfen bis heute unbekannte Täter eine Fensterscheibe des

Betreuerin die Polizei, eine eingeleitete Nahbereichsfahndung bleibt jedoch erfolglos. Der Betroffene erleidet mehrere Hämatome im Gesicht und am Oberkörper und muss mit einem Krankenwagen zur ambulanten Behandlung ins Klinikum gefahren werden.

16. AUGUST HALLE (SAALE)

In einem Einkaufszentrum am Zollrain wird ein 13-jähriger Junge gegen 19 Uhr von einem älteren Mann rassistisch beleidigt. Als der Junge zurückbeleidigt, schlägt der Mann ihm zwei Mal mit der flachen Hand ins Gesicht. Das Kind wird leicht verletzt. Die Polizei ermittelt gegen einen 46-Jährigen.

RIAS E.V.

Ende Oktober 2018 wurde in Berlin der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS – BK) gegründet. Er verfolgt das Ziel, mit Hilfe des Meldeportals www.report-antisemitism.de bundesweit eine einheitliche zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten. Hierzu will er insbesondere das Vertrauen und die Bereitschaft jüdischer und als jüdisch wahrgenommener Personen befördern, zivilgesellschaftliche Melde- und Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Zudem initiiert und unterstützt er den Aufbau regionaler Melde- und Unterstützungsnetzwerke. Aktuell erarbeitet RIAS e.V. auch eine Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen-Anhalt. Darin werden neben einer Befragung jüdischer Akteur*innen auch die Auswertung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Statistiken im Bundesland einfließen.

1. SEPTEMBER MAGDEBURG

Frühmorgens wartet ein 19-jähriger Auszubildender aus Mali mit seinem Fahrrad am Bahnhof Magdeburg-Neustadt auf den Zug, als zwei Unbekannte ihn auffordern, zu ihnen zu kommen. Dann fragen sie, was er hier mache. Noch während er freundlich zu antworten versucht, sprayt ihm einer der Männer ohne jede Vorwarnung Reizgas ins Gesicht. Vor Schmerzen geht der Jugendliche zu Boden. Dort erhält er mehrere Schläge oder Tritte gegen seinen Körper und wird dabei massiv rassistisch beleidigt. Trotz stark tränender Augen nimmt er noch wahr, wie einer der Unbekannten sein Fahrrad an sich nimmt und mit seinem Begleiter weggeht. Als er langsam wieder besser sehen kann, bemerkt der 19-Jährige, dass einer der Angreifer seinen Personalausweis verloren hat. Mit diesem erstattet er bei der Polizei Anzeige. Der Betroffene leidet noch mehrere Tage unter Schmerzen an beiden Augen.

5. OKTOBER HALLE (SAALE)

Gegen 22:20 Uhr fordert ein türkischer Hausbewohner im Innenhof eines Mehrfamilienhauses einen unbekanntes Mann auf, dort das Urinieren zu unterlassen. Daraufhin beleidigt der Unbekannte den 30-Jährigen rassistisch und schlägt ihm unvermittelt ins Gesicht. Ein syrischer Bekannter des Betroffenen interveniert und der Betroffene informiert die Polizei.

zur Moses-Mendelssohn-Akademie gehörenden „MuseumsKaffee Hirsch“ ein. Im Frühjahr 2009 wurde die Fassade der jüdischen Gemeinde in Dessau-Roßlau mit Hakenkreuzen beschmiert; am Dienstfahrzeug der Gemeinde lockerten Unbekannte zwei Radmutter. In 2006 fanden Einwohner des kleinen Ortes Pretzien, wo zuvor bei einer gemeinsam mit Neonazis organisierten Sonnenwendfeier öffentlich das Tagebuch der Anne Frank verbrannt worden war, in ihren Hausbriefkästen CDs mit einer Rede Adolf Hitlers zur Judenvernichtung.

RECHTFERTIGUNG FÜR MORD UND TOTSCHLAG

Antisemitismus und die offene positive Bezugnahme auf die Ermordung und Mord von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden gehören seit der Befreiung vom Nationalsozialismus zum ideologischen Grundmotiv für Mord und Totschlag durch Rechtsterroristen: Wie etwa im Januar 1979, als Neonazis Sprengsätze an Sendemasten in Koblenz und Münster zündeten, um die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ zu verhindern. Oder im Dezember 1980, als der jüdische Verleger Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in ihrer gemeinsamen Wohnung in Erlangen (Bayern) von einem Aktivist der Wehrsportgruppe Hoffmann erschossen wurden. Ebenfalls 1980 verübten die „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) um Manfred Roeder im Februar einen Brandanschlag auf das Landratsamt Esslingen, der sich gegen eine dort gezeigte Ausstellung über das NS-Vernichtungslager Auschwitz richtete. Bei sechs rassistisch motivierten Bombenanschlägen der DA auf Flüchtlingsheime starben wenige Monate später in Hamburg am 22. August 1980 Ngoc Nguyen und Anh Lan Do.

Die offensive Bezugnahme auf den nationalsozialistischen Völkermord war auch für Neonazis der „Generation Terror“ der 1990er und 2000er Jahre programmatisch – das zeigt sich in den zahlreichen Anleitungen zum Aufbau von Terrorstrukturen für den „führerlosen Widerstand“ wie den „Turner Diaries“ oder dem „Field Manual“ von Blood&Honour. Am 24. März 1994 verübten vier Neonazis einen Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge. Am 27. Juli 2000 wurden zehn jüdische Zuwanderer*innen aus den ehemaligen GUS-Staaten in Düsseldorf-Wehrhahn bei einem Sprengstoffanschlag lebensgefährlich verletzt. Im gleichen Zeitraum spähte das NSU-Netzwerk die Synagoge in Berlin-Prenzlauer Berg aus und legte Feindeslisten mit mehr als 200 Adressen jüdischer Institutionen an. Am 8. Januar 2001 verübte die aus dem Umfeld von „Blood&Honour“ stammende „Nationale Bewegung“ einen Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam und im April 2002 sprengten Unbekannte die Marmorplatte am Grabmal von Heinz Galinski in Berlin. Für all diese Taten ist bislang niemand strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. ■

¹ www.juedische-allgemeine.de/gemeinden/brandanschlag-auf-privathaus/

² vgl. Chronik der Mobilen Opferberatung für 2018, 2017, 2010: www.mobile-opferberatung.de

³ vgl. www.juedische-allgemeine.de/allgemein/das-gedaechtnis-von-halle/

⁴ vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Fragen Monat Juli 2019 hier Arbeitsnummern 7/343, 344 von MdB Petra Pau (DIE LINKE)

„ETWAS POSITIVES ERREICHEN, AUCH FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION.“

Julia (20), Calle (22) und Chris (26) engagieren sich in Oschersleben im Bündnis gegen Rechts. Im Interview berichten sie von Schwierigkeiten, aber auch Erfolgen ihres Engagements in der 20.000 Einwohner*innenstadt bei Magdeburg, in der es seit Jahren immer wieder zu Angriffen auf junge Linke, Alternative und Geflüchtete kommt. Seit 2015 hat die Mobile Opferberatung mehr als dreißig überwiegend rassistisch motivierte Angriffe in Oschersleben registriert.

Seit wann seid ihr im Bündnis in Oschersleben aktiv und wie kam es zur Gründung?

Chris: Ich bin seit der Bündnis-Gründung aktiv, als im August 2015 die Neonazi-Kleinstpartei „Die Rechte“ hier einen Aufmarsch organisiert hat, unter anderem gegen die Geflüchtetenunterkunft in der Magdeburger Straße. Wir haben uns anfangs zu vier Aktionen überlegt. Damit ging es los.

Calle: Mehr oder weniger aus der Not heraus, es gab ja hier nichts anderes.

Julia, du bist etwa ein Jahr später dazu gekommen. Was war dein Grund?

Julia: Ich war schon immer ein wenig anders und habe mich ziemlich jung gegen Rechts eingesetzt. Damals hatte man auf den Dörfern in der Börde nur diese rechte Normalität. Anfangs durfte ich gar nicht richtig mitmachen, weil ich erst 16 Jahre alt war und noch auf dem Dorf wohnte. Später hat uns sogar meine Mutter beim Nähen von Transparenten unterstützt.

Gibt es eine Aktion, die euch besonders im Kopf geblieben ist?

Calle: Eine Situation, die recht bedrohlich war, ist mir in Erinnerung geblieben. Das war 2015 im Knochenpark, die Rechten standen als Demo im Park. Bedrohlich war sie, weil der Gegenprotest zu fünf war und da standen 300 bis 400 Nazis und haben laut gegrölt. Plötzlich kam ein Freund, der uns sagte „Geht mal besser lieber in Deckung, da sind gerade 50-60 Leute von der Demo weg, die wollen euch kriegeln“. Wir sind dann in einen Hinterhof gerannt und den Neonazis noch knapp entkommen.

Chris: Danach gab es noch einige Situationen, die heikel waren, weil die Polizei erst sehr spät eingegriffen hat.

Protest gegen Rechts ist in Großstädten selbstverständlich. Läuft das in Oschersleben und anderen Kleinstädten anders?

Julia: Auf jeden Fall. Wir dürfen meistens nicht als Demonstration laufen, weil wir zu wenige sind. In Magdeburg hat man gleich eine Riesen-Demoroute und überall noch Kundgebungen. Das ist für uns undenkbar.

Chris: In Großstädten kannst du die Leute besser mobilisieren. In einer

13. OKTOBER HALLE (SAALE)

Kurz vor 16 Uhr wird ein POC am Marktplatz während seines stillen Gedenkens an die Opfer des rechtsterroristischen Anschlags unvermittelt von einer ihm unbekanntem Frau auf den Rücken geschlagen.

Als Zeug*innen die Täterin zur Rede stellen, kriminalisiert sie den Betroffenen durch rassistische Narrative. Das Ordnungsammt wird angesprochen, woraufhin die Polizei kommt und die Personalien des Betroffenen und der Täterin aufnimmt. Die Polizei ermittelt wegen vorsätzlicher einfacher Körperverletzung. Der Betroffene hat noch Wochen später Schmerzen.

17. OKTOBER HALLE (SAALE)

Gegen 19 Uhr bemerkt eine junge Frau, dass drei Schwarze in der Straßenbahn von einem weiteren Fahrgast massiv rassistisch beleidigt werden. Kurz vor der Haltestelle Steintor zieht sie deshalb die Notbremse und bittet die Straßenbahnfahrerin, die Polizei zu informieren. Währenddessen intervenieren eine 25-jährige Studentin und eine 19-jährige Angestellte, um den Unbekannten von einem Angriff abzuhalten. Daraufhin beleidigt der Mann beide Frauen sexistisch und die 19-jährige PoC auch rassistisch und schlägt auf die beiden ein. Dann würgt der Angreifer die 25-Jährige und zieht sie an den Haaren nach unten. Schließlich gelingt es den Frauen, den Angreifer abzuwehren. Als sich die Türen öffnen verlässt dieser die Straßenbahn. Die 19-Jährige erleidet eine Verletzung am

Kopf, die 25-Jährige muss mit diversen Prellungen ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt in der Folge gegen einen polizeibekanntem 39-Jährigen wegen Körperverletzung, Beleidigung, Volksverhetzung und Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen.

5. NOVEMBER KABELSKETAL/ ORTSTEIL DIESKAU

Gegen 10:30 Uhr unterhalten sich zwei syrische Teilnehmer eines Staplerkurses vor dem Betriebsgelände, als sie völlig unvermittelt von einem weiteren Teilnehmer rassistisch beschimpft werden. Dann holt der Mann eine Schreckschusspistole aus seinem in unmittelbarer Nähe parkenden Auto und zielt damit aus kurzer Distanz auf ihre Köpfe. Schließlich schießt er ein Mal in die Luft und beleidigt die Betroffenen erneut. Alarmierte Polizeibeamte stellen vor Ort die Personalien eines 56-jährigen Tatverdächtigen fest und die Schreckschusswaffe sicher.

16. NOVEMBER MAGDEBURG

Gegen 23 Uhr steht ein schwules Paar an der Straßenbahnhaltestelle Kastanienstraße, als sie aus einer Gruppe von etwa sechs bis acht Männern homofeindlich beleidigt und bespuckt werden. Dann fordern die Angreifer die Herausgabe ihrer Handys und treten sie. Während einer der Betroffenen fliehen und die Polizei alarmieren kann, wird der andere eingeholt und

ländlichen Gegend kennt man sich untereinander. Zwar denken viele Leute ähnlich wie wir, aber trauen sich nicht, das auch öffentlich oder halb-öffentlich zu äußern. Sie fürchten sich vor Konsequenzen. Das ist natürlich schwierig, denn wenn sich mehr Leute engagieren würden, hätten wir weniger Probleme. Ich finde es auch schade, dass viele früher in der ALGE¹ aktiven Leute, die nach Magdeburg gezogen sind, kein Bewusstsein mehr für die Situation auf dem Dorf haben. Als kürzlich hier die Kundgebung war, habe ich nur ganz wenige Leute von früher gesehen. Und wenn man Leuten in größeren Städten erzählt, man hat Probleme mit Nazis, dann kriegen wir Handlungsvorschläge, die nicht umsetzbar sind. Wir sind hier eben einfach nur zu zehnt.

Ihr steht im Fokus der Neonazis. Calle, Du wurdest im April 2019 bei einem nächtlichen Überfall von mindestens vier Neonazis auf deine Wohnung verletzt. Wie gehst du mit der Bedrohung um?

Calle: Nach dem Angriff hatte ich mehrere Hämatome, zwei blutige Wunden, meine komplette linke Hüfte war blau angeschwollen, auch am Kopf hatte ich eine Verletzung. Den Neonazi, der den Überfall vorher mir gegenüber angekündigt hat, sehe ich häufiger auf der Straße. Du wirst als Antifaschist*in in dieser Stadt halt überall und immer angepöbelt und hast Stress. Das ist nicht schön, aber man gewöhnt sich daran. Aber dennoch hoffe ich, dass die Polizei endlich alle Angreifer ermittelt, die bei dem Überfall auf meine Wohnung beteiligt waren, und dass der Angriff auch Konsequenzen hat. Schließlich fühlen sich die Rechten hier wirklich sehr sicher, dass sie nie zur Verantwortung gezogen werden – auch bei schweren Straftaten.

Julia: Auch mir hat der Typ sich letztens provokant in den Weg gestellt, als ich mit meinem kleinen Kind unterwegs war.

Chris: Mit Beleidigungen kann ich eigentlich leben. Wenn die mich mögen würden, würde ich ja was falsch machen. Aber bei der körperlichen Unversehrtheit hört der Spaß auf.

Gibt es denn etwas, das euch helfen würde?

Chris: Ich würde mir Unterstützung aus Magdeburg wünschen. Aber die kommt nicht, selbst wenn man Gruppen und Leute direkt anfragt. Erst letztens wollte die AfD eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Oschersleben machen, da haben wir versucht, ein paar Leute zu mobilisieren. Deren Rückmeldungen kamen jedoch entweder zu spät oder gar nicht.

Julia: Die haben es sich alle ganz schön leicht gemacht, sind einfach in die größeren Städte gezogen. Da hast du es als linke Person wesentlich besser. Hier bist du permanent im Fokus. Aber wir wollen vor Ort was verändern und gehen eben nicht einfach weg.

Was gibt euch die Kraft weiterzumachen?

Calle: Ich denke da gerade an die Mentalität der Band „Feine Sahne Fischfilet“, die auch sagen, gerade die Leute in der Provinz muss man supporten, denn wenn alle guten Leute abhauen, was bleibt dann noch? Dann bleibt nur die Scheiße übrig.

¹ selbstverwaltetes Soziokulturelles Zentrum, das 2010 geräumt wurde

Chris: Was mich antreibt, sind die Leute, die ich hier kenne und dass ich in der Nähe aufgewachsen bin. Auch wenn man viel über Oschersleben und die Umgebung schimpft, fühle ich mich hier ein Stück weit zu Hause. Gerade deswegen will ich hier was Positives erreichen, auch für die nächste Generation.

Was wären coole Ideen, die euch pushen?

Calle: Einfach Unterstützung. Wir haben letztes Jahr eine Bühne aufgebaut und Künstler*innen eingeladen. Das Open Air hat richtig viele junge Leute gezogen. Aber wir mussten alles selber organisieren.

Julia: Wir haben echt schöne Ideen, uns fehlen aber einfach sowohl die Leute als auch die materiellen Ressourcen. Denn wir müssen ja schließlich auch noch unseren Alltag bewältigen. Gerade von den Lokalpolitiker*innen kommt leider gar nichts.

Chris: Teilweise kriegt man sogar noch dumme Sprüche, z.B. als wir Thorsten Schubert von der CDU traf, über die ständigen rassistischen Angriffe am Bahnhof auf Geflüchtete und auf politisch linke Menschen sprach und er diese als „jugendliche Raufereien“ verharmloste.

Calle: Oder wenn man vom ehemaligen Oberbürgermeister, der auch AfD-Veranstaltungen besucht, als „Spinner“ bezeichnet wird.

Chris und Calle, ihr habt euch bei der Wahl zum Stadtrat als Kandidaten aufstellen lassen. Was wollt ihr lokalpolitisch verändern?

Chris: Ich würde versuchen, Jugendliche wirklich zu integrieren und die Selbstverwaltung stark zu machen. Es gibt momentan keinen vernünftigen Anlaufpunkt.

Calle: Bei mir waren es eher grüne Themen. Im Bezug auf den Jugendclub habe ich mir vorgestellt, als Sozialarbeiter eine andere Perspektive zu bieten. Es braucht einfach einen anderen Ort als den Bahnhof.

Das wäre ein weiterer Wunsch nach Unterstützung?

Calle: Ja, ein sicherer Ort, an dem wir uns treffen können.

Julia: Und an dem man mal eine Veranstaltung organisieren könnte.

Chris: Ein Raum, wo man wirklich mal was machen kann. Auch mit anderen. Wir haben jetzt viel darüber geredet, dass manchmal ganz schön viel Scheiße ist, aber es gibt auch noch die coolen Leute.

Wir stehen seit 2015 in Kontakt. Was hat sich seitdem verändert?

Calle: Gerade auf Social Media halte ich mich inzwischen wesentlich mehr zurück, einfach weil die Nazis hier recht stark sind.

Chris: Wir hatten einmal einen relativ krassen Fall auf unserer Facebook-Seite, als es 2016 den rechten Terroranschlag am OEZ-Einkaufszentrum in München gab, bei dem neun Menschen starben. Weil der Täter ein Deutsch-Iraner war, haben wir auf Facebook die Nachricht bekommen: „Seht ihr, was ihr anrichtet?“ Der Unbekannte hat uns quasi die Schuld an dem Terroranschlag gegeben. Dass der Angriff rassistisch motiviert war und dabei ausschließlich Migrant*innen und Sinti ums Leben gekommen sind, interessierte ihn scheinbar nicht.

Julia: Das Problem ist, man wohnt hier und will bleiben, aber jeder kennt einfach jeden.

Vielen Dank für das Interview!

erneut geschlagen und getreten. Als Beamte vor Ort eintreffen, sind die Täter weg. Die 35- und 39-jährigen Betroffenen müssen in der Notaufnahme behandelt werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

2. DEZEMBER HALLE (SAALE)

Bei einer Geburtstagsfeier auf dem Steintorcampus kommen gegen 23:30 Uhr zwei Unbekannte hinzu und wollen mitfeiern. Als ihnen das verwehrt wird, entfernen sie sich. Nur wenige Minuten später erscheint eine größere Gruppe z.T. Vermummter. Einer wirft eine Bierflasche auf die Feiernenden, welche ihr Ziel verfehlt. Dann schlagen mehrere Angreifer auf einen 19-jährigen Partygast ein. Als vier weitere Feiernende dem Betroffenen helfen wollen, werden die 18- bis 21-Jährigen ebenfalls geschlagen. Schließlich ziehen sich die Angreifer in das nahe gelegene Haus der sog. Identitären Bewegung zurück, welches kurz darauf von der Polizei durchsucht wird. Dabei werden die Personalien von über 20 Personen aufgenommen und auch zwei sog. Sturmhauben sichergestellt. Vier der Betroffenen werden verletzt und müssen medizinisch versorgt werden. Die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung.

Auf der website www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

MATERIALTIPP: »DEN OPFERN EINEN NAMEN GEBEN«

Mit dem im Sommer 2019 erschienenen, 170-seitigen „Bildungsmaterial zur Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt seit 1990“, das in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt entstanden ist, soll eine intensive und vielschichtige Auseinandersetzung mit der tödlichen Dimension rechter Gewalt, ihren Ursachen und Hintergründen ermöglicht und damit zugleich ein Engagement gegen rechte, rassistische und antisemitische Aktivitäten vor Ort angestoßen werden. Dafür bietet es in einem ersten Kapitel die sorgfältig aufbereiteten Fallgeschichten zu 13 Todesopfern rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt sowie zahlreiche Ideen zur Weiterarbeit und Vertiefung. Im zweiten Teil werden anhand von theoretischen Überblickstexten die Tatmotive und ihre ideologische Grundlagen dargestellt. Im letzten Kapitel werden u.a. beispielhafte Initiativen vorgestellt, die in den letzten Jahrzehnten ein öffentliches Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt ermöglicht haben. Das Material richtet sich an antifaschistische und antirassistische Initiativen, Lobby- und Selbstorganisationen (potenziell) Betroffener, Schüler*innen, Auszubildende sowie Jugendliche und junge Erwachsene in gewerkschaftlichen und kirchlichen Zusammenhängen ab 16 Jahren sowie an Multiplikator*innen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.



Es kann kostenfrei bei der Mobilen Opferberatung bestellt oder unter www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de/bildungsmaterial/ heruntergeladen werden.

LESETIPP: »FRAUEN*RECHTE UND FRAUEN*HASS«

Mit dem knapp 200-seitigen Buch beschreibt und analysiert das Autor*innenkollektiv „Feministische Intervention“, wie Antifeminismus und die extreme Rechte die Errungenschaften der (queer-)feministischen Bewegungen angreifen: durch Begriffsumdeutungen, durch Angriffe auf reproduktive Rechte, auf Ressourcen und Gleichstellungsmaßnahmen.

Rechtspopulist*innen, rechtsextreme Akteur*innen und vermeintlich Neue Rechte greifen für ihre Propaganda Vorurteile und Unbehagen auf, die auch in konservativen Kreisen der gesellschaftlichen Mitte zu finden sind und verschieben den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts. Frauen*hass, Homo-, Inter*- und Trans*feindlichkeit oder der Wunsch nach einer binären Geschlechterordnung und nach einer traditionellen Männlichkeit, die in der wissenschaftlichen und medialen Debatte als „toxisch“ bezeichnet wird, kennzeichnen diese Entwicklung. In gut lesbaren Kapiteln stellt das Buch anhand von vier zentralen „Kampffeldern“ der extremen Rechten – u.a. zum Feindbild „Gender Studies“ – sowie mit einem Fokus auf „Männliche Vorherrschaft und Gewalt“, „Neonazis, häusliche und/oder sexualisierte Gewalt“ und „Neonazistische sexualisierte Gewalt gegen politische Gegner*innen“, auch anhand von Beispielfällen aus Sachsen-Anhalt, die derzeit aktuellste Analyse zum Themenschwerpunkt zur Verfügung.

Frauen*Rechte und Frauen*Hass: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, S. 200 S., Verbrecher Verlag 2019, ISBN 978-3-95732-410-8, 15 Euro

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.
- ▶ Wir sind unabhängig und parteilich.
- ▶ Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt sowie Freund*innen, Angehörige und Zeug*innen.
- ▶ Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 6 20 77 52
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Landsberger Str. 1
06112 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de